

Boss, Alfred; Rosenschon, Astrid

Working Paper

Finanzhilfen des Bundes: eine Bestandsaufnahme

Kiel Working Paper, No. 1567

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Rosenschon, Astrid (2009) : Finanzhilfen des Bundes: eine Bestandsaufnahme, Kiel Working Paper, No. 1567, Kiel Institute for the World Economy (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/30067>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Kiel

Working Papers

**Kiel Institute
for the World Economy**



Finanzhilfen des Bundes – Eine Bestandsaufnahme by Alfred Boss and Astrid Rosenschon

1567 | October 2009

Web: www.ifw-kiel.de

Kiel Working Paper 1567 | October 2009

Finanzhilfen des Bundes – Eine Bestandsaufnahme

Alfred Boss und Astrid Rosenschon

Abstract:

Subsidies granted by the German federal government decreased in the 1998–2004 period. Since 2005, subsidies have increased. The transfers to the compulsory health insurance system were raised by very large amounts. Moreover, the subsidies for re-integrating the unemployed were raised. The results are based on a comprehensive definition of subsidies; tax expenditures are not included, however.

Keywords: Subsidies, intergovernmental transfers

JEL classification: H29, H71

Dr. Alfred Boss

Kiel Institute for the World Economy
24100 Kiel, Germany
Telephone: +49 (0) 431-8814 231
E-mail: alfred.boss@ifw-kiel.de

Dr. Astrid Rosenschon

Kiel Institute for the World Economy
24100 Kiel, Germany
Telephone: +49 (0) 431-8814 488
E-mail: astrid.rosenschon@ifw-kiel.de

The responsibility for the contents of the working papers rests with the author, not the Institute. Since working papers are of a preliminary nature, it may be useful to contact the author of a particular working paper about results or caveats before referring to, or quoting, a paper. Any comments on working papers should be sent directly to the author.

Coverphoto: uni_com on photocase.com

Inhaltsverzeichnis

A. Problemstellung	1
B. Abgrenzung der Finanzhilfen des Staates	2
I. Abgrenzung gegen Ausgaben für allokativ begründete Maßnahmen	2
II. Abgrenzung gegen Ausgaben für verteilungspolitische Maßnahmen	6
C. Finanzhilfen des Bundes nach Empfängern bzw. Verwendungszwecken	7
I. Vorbemerkungen	7
II. Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 1998 bis 2003	7
III. Direkte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009	10
IV. Indirekte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009	14
V. Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 1998–2009	14
D. Finanzhilfen der EU	16
E. Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit	18
F. Zahlungen der Sondervermögen des Bundes	21
I. Finanzkrise und Staatshilfen	21
II. Finanzhilfen zweier Sondervermögen	24
G. Zusammenfassung	25
H. Wirtschaftspolitische Überlegungen	27
I. Inwieweit ist der Koch-Steinbrück-Plan vom Herbst 2003 umgesetzt worden?	28
I. Inhalt des Plans	28
II. Konkrete Maßnahmen	30
III. Fazit	34
J. Literatur	35
K. Anhang	36

A. Problemstellung

Subventionen umfassen Steuervergünstigungen und Finanzhilfen des Staates.¹ Im vorliegenden Beitrag wird – nach einer Erläuterung der Abgrenzung der Finanzhilfen – analysiert, wie sich die Finanzhilfen des Bundes und deren Struktur seit dem Jahr 1998 entwickelt haben.² Dabei werden die direkten und die indirekten Finanzhilfen des Bundes (einschließlich der über den Bundeshaushalt geleiteten Finanzhilfen der EU für Agrarpolitik und für Regionalpolitik³) einbezogen. Aufgezeigt werden auch die Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit sowie die Zahlungen der Sondervermögen des Bundes, die im Zuge der Finanzkrise errichtet worden sind (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) und Investitions- und Tilgungsfonds), sowie die des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“. Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden werden nicht einbezogen (vgl. hierzu Boss und Rosenschon 2008).

Einige wirtschaftspolitische Überlegungen schließen den Beitrag ab. Zunächst wird dargestellt, was steuerpolitisch möglich wäre, wenn Finanzhilfen beherzt gekürzt würden. Dann wird dargelegt, wie man, ausgehend vom sogenannten Koch-Steinbrück-Plan vom Herbst 2003, in den Jahren 2004–2008 beim Subventionsabbau vorangekommen ist.

¹ Daneben gibt es sogenannte Preissubventionen. Daten dazu, beispielsweise zu Verkäufen von Grundstücken unter dem Marktpreis, liegen nicht vor.

² Zur Entwicklung bis zum Jahr 2007 vgl. Rosenschon (2007).

³ Die EU-Ausgaben für Regionalpolitik werden als Bundesausgaben erfasst und die für Agrarpolitik als Ausgaben der EU, weil bei Letzteren Kofinanzierungsanteile auf nationaler Ebene nicht hinzukommen.

B. Abgrenzung der Finanzhilfen des Staates

I. Abgrenzung gegen Ausgaben für allokativ begründete Maßnahmen

Entscheidend bei der Zuordnung einer Staatsausgabe in die Kategorie „Finanzhilfe“ oder „Nichtfinanzhilfe“ ist die Antwort auf die Frage, ob sich der Staat in Aufgaben einmischt, die originär marktwirtschaftlich sind, oder ob er klassische Staatsaufgaben wahrnimmt. Referenzsystem ist also die Unterscheidung in private und in öffentliche Güter (vgl. hierzu z.B. Blankart 2008). Ein öffentliches Gut ist charakterisiert durch Nichtrivalität im Konsum und durch Nichtausschließbarkeit zahlungsunwilliger Konsumenten, ein privates Gut durch Konsumrivalität und Ausschließbarkeit über Preise. Die Nichtrivalität des Konsums ist ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium dafür, dass ein Gut nicht von Unternehmen angeboten wird; Nichtausschließbarkeit muss hinzukommen. Ein Theaterstück beispielsweise ist über Preise finanzierbar und kann privat angeboten werden, wenngleich es innerhalb der Kapazitätsgrenze als Klubgut gemeinsam genutzt werden kann, also Eigenschaften eines öffentlichen Gutes besitzt.

Wird ein öffentliches Gut bereitgestellt, so wird nicht von einer Finanzhilfe gesprochen. Werden hingegen Steuern für die Versorgung mit privaten Gütern eingesetzt, die ohne weiteres privat angeboten werden könnten, so wird dies als Finanzhilfe gewertet. Wichtig ist, dass Finanzhilfen nicht nur dann vorliegen können, wenn Güter von Unternehmen im eigentlichen Sinne erzeugt werden, sondern auch dann, wenn sie vom Staat oder von Organisationen ohne Erwerbszweck erstellt oder bereitgestellt werden.

Bei der Abgrenzung ist ferner zu beachten, dass privatwirtschaftliche Aktivitäten mit externen Effekten verknüpft sein können. Stiftet ein Produktionszweig externe volkswirtschaftliche Vorteile, kann die Verwendung von Steuergeldern zur Abgeltung dieser Vorteile angebracht sein, weil sie die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt steigert. Eine den Ressourceneinsatz verzerrende Subvention liegt dann nicht vor. Mit der Existenz positiver Effekte lässt sich beispielsweise begründen, dass Impfungen gegen ansteckende Krankheiten subventioniert (oder gar steuerfinanziert angeboten) werden. Auf diese Weise lässt sich grundsätzlich erreichen, dass die private Nachfrage nach Impfschutz, die mit Kosten für ärztliche Leistungen verbunden ist, so ausgeweitet wird, dass der gesellschaftliche Vorteil infolge der reduzierten Ansteckungsgefahr internalisiert wird. Freilich lässt sich kaum exakt beurteilen, wie hoch der Ausgleichsbetrag sein muss.

Die Klassifikation in Subvention oder Nichtsubvention ist offenbar nicht unproblematisch. Konkret wird anhand der Angaben in den öffentlichen Haushalten entschieden, ob eine ökonomische Begründung für die Ausgabe vorliegen dürfte.

Der Einsatz von öffentlichen Mitteln im Bildungssektor wird nicht einbezogen. „Die Schulbildung löst positive externe Effekte aus, schon deshalb, weil eine tragfähige und stabile Demokratie ohne eine ausreichende Bildung aller ihrer Mitglieder nicht existieren könnte“ (Wigger 2004: 215–216). Im Übrigen sind Schulen ein wichtiges Instrument der Sozialisierung. Daher werden die für die Schulausbildung eingesetzten Mittel nicht zu den Subventionen gezählt. Universitäten leisten einen Beitrag zur Lehre und zur Forschung. Dienstleistungen der Universitäten können mit positiven externen Effekten einhergehen oder öffentliche Güter darstellen; eine höhere durchschnittliche Bildung kann das wirtschaftliche Wachstum positiv beeinflussen. Der wesentliche Ertrag eines Studiums fließt aber dem Hochschulabsolventen in Form eines erhöhten Lebenseinkommens zu. Dienstleistungen der Universitäten müssen demnach, was die Ausbildung betrifft, nicht vom Staat angeboten werden. Anders ist es bei der Grundlagenforschung in Universitäten; für sie lassen sich die Kennzeichen öffentlicher Güter konstatieren. Eigentlich sind demnach die Ausgaben des Staates im Bereich Hochschulen in solche für Lehre und solche für Forschung zu zerlegen, um Finanzhilfen adäquat zu erfassen. Dies ist aber angesichts der Datenlage kaum möglich. Deshalb werden in der vorliegenden Arbeit alle im Bereich Hochschulausbildung eingesetzten Mittel nicht als Subventionen gewertet.

Ausgespart bleiben auch die Zuschüsse an komplementäre Einrichtungen wie z.B. Studentenwerke, Studentenheime und Hochschul-Bibliotheken sowie die Zuschüsse an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie z.B. die Max-Planck-Institute. Einbezogen werden hingegen Zuschüsse an eher als konsumtiv einzustufende Zweige des Bildungs- und Kultursektors wie z.B. Volkshochschulen und Stadtbibliotheken. Erfasst werden auch die Zuschüsse für unternehmensspezifische Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Hier fallen die Investitionerträge weitgehend beim Begünstigten an. Eine erhebliche Beeinträchtigung des individuellen Rentabilitätskalküls durch das Auftreten externer Effekte liegt nicht vor.

Ausgaben für kulturelle Zwecke können Finanzhilfen sein. Es ist freilich sehr schwierig, den Teil der Kulturbudgets zu ermitteln, der als Finanzhilfe einzustufen ist. So sind in manchen Fällen die Ausgaben jenen für Ausbildung ähnlich, und diese werden nicht als Finanzhilfen erfasst. Hier werden die Ausgaben des Bundes für die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ nicht zu den Finanzhilfen gerechnet; Referenz ist der Zustand, in dem das kulturelle Erbe für die Allgemeinheit zugänglich ist. Hingegen werden die Ausgaben für Theater, Konzerte und Museen zu den Finanzhilfen gezählt.

Die Mittel, die dem öffentlichen Verkehr zufließen, werden als Finanzhilfen einbezogen. Es wird zwar argumentiert, sie dürften nicht zu den Subventionen gezählt werden, weil volkswirtschaftliche Vorteile damit verbunden seien; es werde Nachfrage vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr umgelenkt, womit eine geringere Belastung der Umwelt einhergehe. Diese Argumentation kann aber aus zwei Gründen nicht überzeugen. Erstens: Wird die Verminderung von Schadstoffausstoß bezweckt, so liegt die Wahl eines Instruments nahe, das unmittelbar am Ausstoß ansetzt; das Ziel lässt sich dann besser erreichen als bei der Anwendung mittelbarer Instrumente. Zweitens: Eine Nachfrageumlenkung setzt eine Weitergabe des Subventionsvorteils an die Nachfrager in Form niedrigerer Preise voraus; wahrscheinlich werden aber die Fördermittel durch die Anbieter der öffentlichen Verkehrsleistungen aufgrund ihrer geschützten Marktposition weitgehend abgeschöpft.

Es gibt einige Ausgabepositionen, die nur teilweise Subventionscharakter haben (Boss und Rosenschon 2006a, 2006b). Sie werden als Grenzfälle eingestuft und als solche einmal erfasst und einmal nicht erfasst.

Beispiele sind Zahlungen an Unternehmen für Forschung und Entwicklung, bei denen nicht klar ist, ob sie der anwendungsnahen Forschung oder der Grundlagenforschung dienen. Die Ausgaben des Bundes für die Forschung und Entwicklung in den Bereichen Biotechnologie sowie jene Ausgaben des Bundes, die der Förderung von Innovationen dienen, fließen zwar an Unternehmen, können aber durchaus der Grundlagenforschung dienen. „Grundlagenforschung, in der Wissen entsteht, das die Attribute eines öffentlichen Gutes ... hat und deshalb alloktionstheoretisch wohlbegründet förderungswürdig ist, kann nicht immer eindeutig von der marktnahen Zweckforschung abgegrenzt werden, deren Ergebnisse das forschende Unternehmen gewinnbringend auf dem Markt verwertet ... und die insoweit nicht vom Staat durch Subventionen gefördert werden braucht; die bei der angewandten Forschung entstehenden positiven externen Effekte lassen sich durch die Gewährung von privaten Eigentumsrechten auf Zeit (z.B. einen Patentschutz ...) internalisieren“ (Donges und Freytag 2004: 228). Die Aufteilung der Ausgaben auf die beiden Kategorien geht aus den Haushaltsplänen und -rechnungen nicht hervor.

Die Finanzierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes kann insoweit als Subvention gewertet werden, als Leistungen erbracht werden, die die See-, Küsten- und Binnenschifffahrt fördern und die gegen Entgelt erbracht werden können und damit nach ökonomischen Kriterien private Güter oder zumindest Clubgüter sind. Deutlich wird das im Fall der Unterhaltung der Binnenwasserstraßen, bei der das Prinzip der Nichtausschließbarkeit zahlungsunwilliger Nutzer ebenso wenig gilt wie bei der Bereitstellung von Brücken oder Tunneln für andere Verkehrsträger. Allerdings nimmt die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zugleich zahlreiche hoheitliche Aufgaben (wie Gefahrenabwehr, Verkehrslenkung, Umweltschutz und andere schifffahrtspolizeiliche Aufgaben) wahr. Letztlich lassen sich die Ausgaben nicht sauber nach den beiden Zwecken trennen.

Auch den Mitteln zugunsten der Forsten kann nur bedingt Subventionscharakter zugebilligt werden. Denn zur Rechtfertigung der Zuschüsse können ausgeprägte positive Externalitäten herangezogen werden. So spielt der Wald eine wichtige Rolle für den Wasserhaushalt, das Klima, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Erholung der Bevölkerung und den Biotop- und Artenschutz. „Zweck dieses Gesetzes ist insbesondere, den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern“ (§ 1 Bundeswaldgesetz). Ferner trägt der Wald wesentlich zum Biotop- und Artenschutz bei. Der Wald darf also nicht ausschließlich unter dem Aspekt der Holzverwertung und der betrieblichen Rentabilität gesehen werden. Gleichwohl kann es sein, dass ein Teil der Zuschüsse nicht externe Vorteile ausgleicht, sondern eine Finanzhilfe darstellt. Deshalb müsste ein Defizit im Funktionsbereich Staatsforsten bei der Subventionserfassung teilweise berücksichtigt werden; dies ist aber aufgrund von Informationslücken unmöglich.

Ein Grenzfall liegt auch vor, wenn die deutsche Sprache im Ausland durch Goethe-Institute gefördert wird. Engt man die Sichtweise auf den Aspekt der Handelsströme ein, so kann behauptet werden, dass letztlich deutsche Exporteure oder Importeure subventioniert werden, weil sie Übersetzungskosten sparen; auch profitierten deutsche Reisende von der Förderung der deutschen Sprache im Ausland. Allerdings wird zusammen mit der Sprache der Kulturaustausch gefördert. Dies weitet den Horizont, relativiert Standpunkte, baut Vorurteile ab, macht fremde Verhaltensmuster verständlich und regt Imitationswettbewerb an. Kurzum: Mit der Förderung der deutschen Sprache im Ausland gehen externe Erträge einher, die eine Steuerfinanzierung rechtfertigen können.

Zu den Ausgaben des Bundes mit nur partiellem Subventionsgehalt zählen ferner jene für den Auslandsrundfunk (Deutsche Welle (DW)). Die Zahlungen haben insofern Subventionscharakter, als sie das Auslandsengagement deutscher Unternehmen fördern. So wird die Gründung von Niederlassungen dadurch erleichtert, dass deren deutsche Mitarbeiter über die DW einen besseren Kontakt zum politischen und wirtschaftlichen Geschehen in Deutschland halten können. Indes trifft auf die Leistungen der DW ein ähnliches Argument zu wie auf die Förderung der deutschen Sprache durch die Goethe-Institute. Es wird ein besseres gegenseitiges Verständnis der Kulturen ermöglicht, was sich wohlfahrtsökonomisch als technologischer externer Nutzen interpretieren lässt.

Die als Grenzfälle eingestufteten Ausgaben betreffen die direkten Finanzhilfen des Bundes. Dies sind solche, die den Empfängern direkt und nicht über die Länderhaushalte zufließen.

II. Abgrenzung gegen Ausgaben für verteilungspolitische Maßnahmen

Allgemeine Transferzahlungen des Staates zählen nicht zu den Finanzhilfen. Zu diesen Transfers ohne Zweckbindung gehören beispielsweise das Kindergeld, das Erziehungsgeld/Elterngeld und das Arbeitslosengeld. Fraglich ist, wie spezifische Ausgaben zugunsten bestimmter Gruppen einzustufen sind.

Ist eine solche Ausgabe des Staates verteilungspolitisch motiviert, so wird danach differenziert, ob eine kleine hilfsbedürftige Gruppe begünstigt werden soll oder ob es darum geht, relativ breite Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Im ersten Fall wird die Ausgabe nicht zu den Finanzhilfen gezählt, im zweiten wird eine Finanzhilfe diagnostiziert, weil keine sozialpolitische Maßnahme im eigentlichen Sinn vorliegt.

Die Armenhilfe oder die Bewältigung spezifischer Notstände (etwa Drogensucht) sind Beispiele für Aktivitäten, die nicht erfasst werden. Auch Aktivitäten im Bereich der Caritas oder der Überlebenshilfe für Problemgruppen zählen nicht zu denen, die eine Subventionierung bedeuten. Gleiches gilt für Zuschüsse beispielsweise an SOS-Kinderdörfer, Behindertenheime oder Asylantenaufnahmestätten. Begünstigt wird hier eine kleine hilfsbedürftige Gruppe.

Es macht aber Sinn, eine sozialpolitische Absicht nicht als hinreichend dafür zu werten, dass ein Subventionstatbestand nicht vorliegt; sozialpolitische Ziele allein (wie z.B. bei bestimmten Zahlungen an den Steinkohlenbergbau) rechtfertigen es nicht, einem Zuschuss die Subventionseigenschaft abzusprechen. Daher wird eine Finanzhilfe dann diagnostiziert, wenn Leistungen vorliegen, von denen potentiell jeder Bürger profitiert und durch die die Allokation verzerrt wird. Zuschüsse, die als Subventionen gewertet (und vor allem von den Ländern gewährt) werden, sind die Zuschüsse für Krankenhäuser, Kindergärten⁴ und Theater. Hier geht es nicht darum, Mittel zugunsten schwacher Mitglieder einer Gesellschaft einzusetzen; von einer sozialpolitischen Maßnahme im eigentlichen Sinne kann nicht die Rede sein.

⁴ Es könnte argumentiert werden, dass Zuschüsse an Kindergärten (insbesondere in Form des Ausgleichs der Defizite gemeindeeigener Kindergärten) wie das Kindergeld als Transfers und nicht als Subventionen zu betrachten seien. Die Zuschüsse sind aber von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. Zudem werden Alternativen (wie die Betreuung durch Tagesmütter) diskriminiert. Mit den geplanten Maßnahmen zur Förderung der Kinderbetreuung, insbesondere der Einführung eines „Betreuungsgeldes“, kann sich dies ändern. Dies wäre Anlass, die betreffenden öffentlichen Ausgaben nicht zu den Finanzhilfen zu zählen.

C. Finanzhilfen des Bundes nach Empfängern bzw. Verwendungszwecken

I. Vorbemerkungen

Die Finanzhilfen des Bundes im Zeitraum 1998 bis 2009 werden anhand der Haushaltsrechnungen für die Jahre 1998 bis 2008 sowie des Haushaltsplans für das Jahr 2009 erfasst (BMF, *Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes*, lfd. Jgg.; BMF 2009). Bei den Ausgaben für die Jahre 1998 bis 2008 handelt es sich demnach um die tatsächlichen Ausgaben; für das Jahr 2009 sind die Haushaltsplanzahlen dargestellt.

Es werden direkte und indirekte Finanzhilfen unterschieden. Direkte Finanzhilfen des Bundes sind jene, die ohne Zwischenschaltung der Länder unmittelbar an die Empfänger gezahlt werden. Reichen dagegen die Länder beispielsweise im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben Bundesmittel weiter, so liegen indirekte Finanzhilfen des Bundes vor. Die Unterscheidung ist nötig, um bei der Erfassung aller Finanzhilfen Doppelzählungen zu vermeiden.⁵

Die weiteren Ausführungen zu den Finanzhilfen des Bundes beziehen sich vor allem auf die Hilfen in der Abgrenzung ohne Grenzfälle (Tabelle A1). Bei den Grenzfällen handelt es sich um Positionen, die nur zum Teil Subventionscharakter haben und bei denen wegen fehlender Informationen über das Subventionsäquivalent der volle Betrag angesetzt wird (Tabelle A2).

Betrachtet man die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes seit 1998, so macht es Sinn, den Zeitraum in zwei Teilperioden aufzubrechen, und zwar in den Zeitraum 1998 bis 2003 und in den Zeitraum 2003 bis 2009. Im Jahr 2003 war der sogenannte Koch-Steinbrück-Plan, der Subventionskürzungen auf den Weg bringen sollte, beschlossen worden.

II. Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 1998 bis 2003

Die direkten Finanzhilfen des Bundes haben im Zeitraum 1998 bis 2003 kräftig von 25,3 auf 21,9 Mrd. Euro abgenommen (Tabelle 1, Tabelle A1). Sowohl die sektorspezifischen Hilfen als auch die branchenübergreifenden Hilfen waren rückläufig.

⁵ Indirekte Hilfen des Bundes werden, wenn alle Finanzhilfen des Staates nach Ebenen gegliedert werden, den Ländern zugeordnet (Boss und Rosenschon 2008).

Tabelle 1:

Direkte Finanzhilfen des Bundes nach Branchen bzw. Subventionszielen 1998–2009 (Mill. Euro)

Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen	21 281	21 834	22 278	19 111	20 021	19 047	16 948	16 241	15 261	15 750	16 025	16 787
– Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 529	2 469	2 379	2 312	2 036	1 950	1 845	1 632	1 581	1 668	1 674	1 665
– Bergbau	5 072	4 904	4 565	4 497	3 606	3 236	2 720	2 211	2 084	2 245	2 356	1 930
– Schiffbau	143	134	125	132	97	76	58	52	44	30	29	16
– Verkehr	10 179	11 296	10 862	8 737	11 305	10 838	9 565	9 409	9 327	9 761	9 462	10 774
– Wohnungsvermietung	1 054	1 248	1 317	1 488	1 381	1 375	1 330	1 255	1 097	1 000	1 063	1 074
– Luft- und Raumfahrzeugbau	76	52	61	84	68	29	37	39	55	79	110	133
– Sonstige Sektoren	2 229	1 733	2 969	1 859	1 526	1 543	1 392	1 643	1 072	967	1 331	1 196
II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	3 231	2 797	2 242	1 561	1 646	2 024	2 699	3 936	4 682	4 483	4 849	5 196
– Regionalpolitik, Strukturpolitik	0	3	9	45	46	58	66	74	77	85	92	122
– Umwelt, rationelle Energieverwendung	209	357	410	549	466	397	425	455	491	485	556	921
– Beschäftigungspolitik	1 368	1 208	777	29	54	533	1 142	2 191	3 007	2 777	2 968	2 879
– Förderung von Qualifikation	194	185	180	76	140	157	221	257	244	237	267	310
– Förderung von Innovationen etc.	46	42	43	40	37	33	35	0	0	0	0	0
– Mittelstandsförderung	1 364	958	780	777	861	808	764	907	816	851	915	909
– Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	50	45	43	45	42	38	47	51	47	48	52	55
III Direkte Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt	24 512	24 632	24 520	20 672	21 667	21 071	19 647	20 177	19 943	20 234	20 874	21 983
IV Direkte Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister	777	1 188	1 129	728	944	851	1 857	3 385	5 069	3 455	3 561	8 310
– Krankenhäuser, GKV	28	27	17	26	30	14	1 006	2 504	4 201	2 502	2 503	7 203
– Kindertagesstätten, Kinderkrippen	5	6	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
– Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	438	849	787	371	562	489	499	511	511	570	661	703
– Staatsforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Kirchen, Religionsgemeinschaften	3	3	3	3	3	6	6	13	6	7	10	10
– Sport, Freizeit	78	79	79	77	83	83	87	95	102	87	105	112
– Sonstige Empfänger	226	225	242	251	265	257	257	261	247	287	281	281
V Direkte Finanzhilfen insgesamt	25 289	25 820	25 649	21 401	22 611	21 922	21 504	23 562	25 012	23 689	24 435	30 293
VI Ausgaben des Bundes mit partiellem Subventionsgehalt (Tabelle A2)	1 927	1 980	2 009	2 321	2 297	2 216	1 867	1 889	2 037	2 157	2 432	2 546
VII Obergrenze für direkte Finanzhilfen (V + VI)	27 217	27 800	27 658	23 721	24 907	24 138	23 371	25 451	27 048	25 846	26 867	32 839

Quelle: BMF (2009); BMF, *Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Zum Rückgang der Hilfen zugunsten der Land- und Forstwirtschaft hat u.a. das Abschaffen der Beihilfe für Gasöl beigetragen, das in der Landwirtschaft zum Betrieb von Ackerschleppern, Arbeitsmaschinen und Motoren oder Sonderfahrzeugen verwendet wird. Im Jahr 1998 waren für diesen Zweck Zahlungen in Höhe von 436 Mill. Euro angefallen, statt der Gasölbeihilfe gibt es allerdings seit 2001 eine Mineralölsteuervergünstigung. Gesunken sind ferner die Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, die an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sowie jene zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe und zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.

Die Kohlesubventionen sind kräftig – um 1,8 Mrd. Euro – gesunken. Maßgeblich dafür war gemäß dem sogenannten Kohlekompromiss von 1997 die schrittweise Rückführung der Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen.

Was die Hilfen für den Sektor Verkehr betrifft, so sind der an die Deutsche Bahn AG (aufgrund des technischen Rückstands der Deutschen Reichsbahn) gezahlte Personalkostenzuschuss und die Finanzhilfen wegen ökologischer Altlasten und erhöhten Materialaufwands im Bereich der Deutschen Reichsbahn bis zum Jahr 2002 gesunken (1998: insgesamt 1 940 Mill. Euro, 2002: 443 Mill. Euro); seit dem Jahr 2003 werden diese Zuschüsse nicht mehr gezahlt. Andere Hilfen für die DB AG wurden freilich eingeführt oder ausgeweitet. Die gesamten Hilfen zugunsten des Sektors Verkehr haben von 1998 bis 2003 um 0,6 auf 10,8 Mrd. Euro zugenommen.

Die Hilfen zugunsten des Schiffbaus haben sich fast halbiert (1998: 143 Mill. Euro; 2003: 76 Mill. Euro). Die Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an deutsche Schiffswerften sind stark gekürzt worden. Maßgeblich für die Abnahme der Hilfen zugunsten sonstiger Sektoren ist, dass Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen weniger in Anspruch genommen worden sind.

Bei den branchenübergreifenden Finanzhilfen haben jene im Rahmen der Beschäftigungspolitik abgenommen. Im Jahr 2003 sind keine Lohnkostenzuschüsse zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser mehr gezahlt worden (1998: 452 Mill. Euro). Auch sind Kosten für Strukturanpassungsmaßnahmen nicht mehr erstattet worden (1998: 859 Mill. Euro).

Rückläufig hat sich auch die Mittelstandsförderung entwickelt. So sind für ein Sonderprogramm für die neuen Länder, das Forschung, Entwicklung und Innovation gefördert hat, im Jahr 1998 letztmals Zahlungen geleistet worden. Ferner sind Zinszuschüsse und Erstattungen von Darlehensausfällen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Förderung selbständiger Existenzen nicht mehr gewährt worden, nachdem diese Ausgaben im Jahr 1998 noch 541 Mill. Euro betragen hatten.

Die indirekten Finanzhilfen des Bundes haben im Zeitraum 1998–2003 ebenfalls abgenommen (Tabellen 2 und A3). Entscheidend dafür war das verminderte Engagement des Bundes im sozialen Wohnungsbau. Die gesamten Hilfen für den Sektor Wohnungsvermietung sind stark verringert worden (1998: 1,6 Mrd. Euro, 2003: 903 Mill. Euro). Auch die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind stark (um rund 400 Mill. Euro) gekürzt worden. Rückläufig waren ferner die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; die Ausgaben für die Verbesserung des Küstenschutzes zählen freilich nicht zu den Subventionen, sondern zu den Infrastrukturausgaben.

Tabelle 2:

Indirekte Hilfen des Bundes nach Branchen bzw. Subventionszielen 1998–2009 (Mill. Euro)

Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen	10 191	9 733	10 179	9 999	10 081	10 059	9 979	10 203	10 138	9 578	8 086	8 360
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	735	723	681	658	702	635	568	548	502	503	513	584
Verkehr	7 850	7 649	8 301	8 324	8 309	8 519	8 480	8 729	8 773	8 390	6 916	7 090
Wohnungsvermietung	1 606	1 360	1 197	1 017	903	905	932	926	862	685	657	686
Sonstige Sektoren	0	0	0	0	167	0	0	0	1	0	0	0
II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen	1 372	1 420	1 230	1 123	1 030	1 026	944	967	867	697	523	593
Regionalpolitik, Strukturpolitik	1 372	1 420	1 230	1 025	937	937	862	890	790	622	451	537
Beschäftigungspolitik	0	0	0	99	93	89	83	78	77	75	72	56
III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt	11 563	11 153	11 409	11 122	11 111	11 085	10 924	11 170	11 005	10 275	8 609	8 953
IV Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister	462	559	632	600	612	148	282	58	54	56	54	41
Krankenhäuser	412	406	473	444	444	0	221	0	0	0	0	0
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	15	110	99	55	51	41	35	29	30	32	33	17
Sport, Freizeit	35	43	60	101	116	108	26	29	24	24	22	24
V Finanzhilfen insgesamt	12 025	11 712	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 332	8 663	8 993
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen												
– zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 336	1 336
– zur sozialen Wohnraumbeförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	518	518	518
VI Indirekte Finanzhilfen des Bundes einschl. Kompensationszahlungen	12 025	11 712	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 850	10 517	10 847

Quelle: Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes (lfd. Jgg.); Bundeshaushaltsplan 2009; eigene Berechnungen.

III. Direkte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009

Im Zeitraum 2003–2008 sind die direkten Finanzhilfen des Bundes von 21,9 Mrd. Euro auf 24,4 Mrd. Euro gestiegen, im Jahr 2009 dürften sie 30,3 Mrd. Euro betragen (Tabelle 1, Tabelle A1). Die Zunahme ab dem Jahr 2004 ist nicht auf die Entwicklung der sektorspezifischen Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen zurückzuführen, sondern auf die der branchenübergreifenden Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen sowie die der Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister.

Die sektorspezifischen Finanzhilfen des Bundes zugunsten von Unternehmen haben von 2003 bis 2009 – unter Schwankungen – von 19,0 Mrd. Euro auf 16,8 Mrd. Euro abgenommen. Dabei sind die Hilfen für die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei von 2,0 Mrd. Euro auf 1,7 Mrd. Euro zurückgegangen.⁶ So sind die Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, bei der die heimischen mittelständischen Brennereien Agraralkohol abliefern können und einen garantierten Preis erhalten, gesunken (2003: 109 Mill. Euro, 2009: 80 Mill. Euro). Rückläufig war zudem der Zuschuss des Bundes an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (2003: 250 Mill. Euro, 2009: 100 Mill. Euro). Die Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit haben ebenfalls abgenommen (2003: 135 Mill. Euro, 2009: 2 Mill. Euro). Einsparungen gab es auch bei den Zuschüssen zur Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe (2003: 81 Mill. Euro, 2009: 49 Mill. Euro); hier schrumpft die Zahl der Fälle. Hingegen haben sich die Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte von 2003 bis 2009 kaum verändert.

Die Finanzhilfen zugunsten des Bergbaus sind im Zeitraum 2003 bis 2009 von 3,2 Mrd. Euro auf 1,9 Mrd. Euro gesenkt worden. Der Kern der Hilfen (2009: 1,5 Mrd. Euro) betrifft Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen. Die Zahlungen an die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe, eine Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt, und die Hilfen für die Lausitzer und Mitteldeutschen Bergwerksverwaltungsgesellschaft, eine andere Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt, sind von 2003 bis 2009 ebenso wie die Hilfen für die Wismut GmbH Chemnitz gesunken, und zwar deutlich.

Die Finanzhilfen zugunsten des Schiffbaus wurden von 76 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 16 Mill. Euro im Jahr 2009 vermindert. Dabei wurden die Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften und die Wettbewerbshilfen für deutsche Werften kräftig reduziert.

Die Finanzhilfen für den Verkehrssektor lagen im Jahr 2009 mit 10,8 Mrd. Euro wieder auf dem im Jahr 2003 erreichten Niveau. Größter Posten waren die Verwaltungsausgaben, die der Bund dem Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erstattet; im Jahr 2003 waren es 5,8 Mrd. Euro, im Jahr 2009: 5,4 Mrd. Euro. Die in Zuschüsse umwandelbaren Investitionsdarlehen für den Ausbau von Schienenwegen sind gesunken (2003: 344 Mill. Euro, 2009: 10 Mill. Euro). Der Investitionszuschuss für Schienenwege war im Jahr 2009 mit 37 Mill. Euro deutlich niedriger

⁶ Die Finanzhilfen der EU zugunsten des Agrarsektors belaufen sich im Jahr 2009 auf schätzungsweise 6,1 Mrd. Euro.

als im Jahr 2003 (3,3 Mrd. Euro), allerdings wurde im Jahr 2009 ein Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. Euro geleistet. Auch wird seit dem Jahr 2004 eine Zuweisung für Investitionen in die Schienenwege für die Eisenbahnen des Bundes gezahlt (2009: 1,1 Mrd. Euro; 2004: 247 Mill. Euro). Die gesamten Finanzhilfen an die Deutsche Bahn AG beliefen sich im Jahr 2009 auf 4,4 Mrd. Euro; sie waren etwa so hoch wie im Jahr 2003. Neben den zahlreichen Zahlungen an die Deutsche Bahn AG leistete der Bund Zuschüsse u.a. für die Entwicklung der Magnetschwebetechnik, an den kombinierten Verkehr, an die Seeschifffahrt und – seit dem Jahr 2009 – an Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs.

Die Finanzhilfen für den Sektor Wohnungsvermietung lagen im Jahr 2009 mit 1,1 Mrd. Euro deutlich unter dem im Jahr 2003 erreichten Niveau (1,4 Mrd. Euro). In den Jahren 2003 bis 2005 sind – wie schon in den Jahren 2001 und 2002 – Zinszuschüsse an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Gebäudesanierungsprogramm zur Kohlendioxid-Minderung in Höhe von rund 205 Mill. Euro je Jahr gewährt worden, im Jahr 2009 170 Mill. Euro. Die Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraum-Modernisierungs-Programms der KfW für die neuen Länder haben stark abgenommen (2003: 511 Mill. Euro, 2009: 77 Mill. Euro); das Programm ist im März 2000 ausgelaufen. Die Prämien nach dem Wohnungsbauprämienengesetz waren im Jahr 2009 mit 446 Mill. Euro deutlich niedriger als im Jahr 2003 (612 Mill. Euro).

Die Finanzhilfen zugunsten des Luft- und Raumfahrzeugbaus betragen im Jahr 2003: 29 Mill. Euro; im Jahr 2009 sollen es 133 Mill. Euro sein. Die Finanzierungshilfen für den Absatz von zivilen Flugzeugen inklusive Triebwerken sind ebenso aufgestockt worden wie die Ausgaben des Bundes für die Forschungsförderung im Bereich Luftfahrt.

Die spezifischen Finanzhilfen an sonstige Sektoren sollen im Jahr 2009 mit 1,2 Mrd. Euro um 0,3 Mrd. Euro niedriger sein als im Jahr 2003. Der Bundeshaushaltsplan für das Jahr 2009 weist nur 900 Mill. Euro an Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen aus, verglichen mit 1 228 Mill. Euro im Jahr 2003. Es ist aber damit zu rechnen, dass der Ist-Wert deutlich vom Soll-Wert abweichen wird, weil im Zuge der Finanzkrise die Eventualverbindlichkeiten des Bundes um rund die Hälfte zugenommen haben. Weitere wichtige Positionen innerhalb der spezifischen Finanzhilfen an sonstige Sektoren sind die Zuschüsse an die Energiewerke Nord GmbH, die Ausgaben für die Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk und die Aufwendungen für die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Die branchenübergreifenden Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen haben sich von 2,0 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 5,2 Mrd. Euro im Jahr 2009 erhöht. Entscheidend dafür ist, dass der Bund seit 2005 anstelle der Bundesagentur für Arbeit verschiedene Ausgaben im Rahmen

der Arbeitsmarktpolitik tätig. Im Übrigen verlief die Entwicklung bei den einzelnen Kategorien der übergreifenden Hilfen recht unterschiedlich.

Bei den Finanzhilfen, die regional- und strukturpolitischen Zielen dienen, handelt es sich um die Förderung innovativer Wachstumskerne sowie innovativer Regionen in den neuen Ländern. Im Jahr 2009 sollen 122 Mill. Euro geleistet werden; im Jahr 2003 waren es 58 Mill. Euro.

Die Finanzhilfen im Bereich Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung sind von 397 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 921 Mill. Euro im Jahr 2009 gestiegen. Am bedeutsamsten sind die Hilfen bei Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien (2003: 102 Mill. Euro, 2009: 466 Mill. Euro), die Aufwendungen für „Forschung und Entwicklung umweltgerechter nachhaltiger Entwicklung“ (2009: 129 Mill. Euro) und die Zuschüsse für rationelle Energieverwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik (2009: 115 Mill. Euro für laufender Zuschuss oder als Investitionszuschuss).

Mit beschäftigungspolitischer Zielsetzung hat der Bund im Jahr 2003 Finanzhilfen in Höhe von 0,5 Mrd. Euro geleistet, im Jahr 2009 werden es wohl 2,9 Mrd. Euro sein. Zwar hat der Bund diverse Arbeitsmarktprogramme und Strukturanpassungsmaßnahmen auf die Bundesagentur für Arbeit verlagert, doch gewährt er seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II im Jahr 2005 „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“; sie ersetzen im Kern Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit. Im Jahr 2009 werden für diesen Zweck wohl 2,8 Mrd. Euro verausgabt.

Die Zuschüsse zur Förderung der Qualifikation sind von 157 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 310 Mill. im Jahr 2009 gestiegen. Wichtige Positionen im Bereich der Qualifikationsförderung sind die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung, der beruflichen Bildung und der Weiterbildung.

Für die Mittelstandsförderung sollen im Jahr 2009: 909 Mill. Euro und damit rund 100 Mill. Euro mehr als im Jahr 2003 aufgewendet werden. Zum Anstieg trägt die indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und von Unternehmensgründungen bei (2003: 137 Mill. Euro, 2009: 323 Mill. Euro). Neue Programme sind Maßnahmen zur Verbesserung der Materialeffizienz, Innovationsprojekte im Rahmen der Innovationsinitiative der Bundesregierung und das Innovationsprogramm zur Förderung des Mittelstandes.

Sonstige Unternehmensfunktionen hat der Bund im Jahr 2003 mit 38 Mill. Euro und im Jahr 2009 mit 55 Mill. Euro gefördert. Schwerpunkte waren die Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte sowie die Beteiligung des Bundes an den Ausgaben für Auslandsmessen und -ausstellungen der gewerblichen Wirtschaft.

Die Finanzhilfen des Bundes an (halb-)staatliche Dienstleister sind stark ausgeweitet worden (2003: 0,9 Mrd. Euro, 2009: 8,3 Mrd. Euro). Im Jahr 2004 ist nämlich ein Zuschuss des Bundes an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zur Abgeltung versicherungsfremder

Leistungen eingeführt worden (BMF, *Finanzbericht* 2009: 220). Dieser Zuschuss hat Subventionscharakter, schon deshalb, weil es einen Zuschuss an private Versicherer nicht gibt. Im Jahr 2009 werden 7,2 Mrd. Euro vom Bund gezahlt. Eine bedeutsame Kategorie innerhalb der Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister sind die Zahlungen an Theater, Museen, Medien und sonstige Kulturanbieter; sie haben im Jahr 2003: 489 Mill. Euro betragen, im Jahr 2009: 703 Mill. Euro. Die Ausgaben für die Sportförderung sind von 83 Mill. Euro im Jahr 2003 auf 112 Mill. Euro im Jahr 2009 gestiegen. Die Finanzhilfen an sonstige Empfänger innerhalb der (halb-)staatlichen Dienstleister sind im Zeitraum 2003–2009 von 257 auf 281 Mill. Euro gestiegen.

IV. Indirekte Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 2003 bis 2009

Die indirekten Finanzhilfen des Bundes waren im Zeitraum 2003–2009 rückläufig (Tabelle 2 und Tabelle A3). Sie sind von 11,2 auf 9 Mrd. Euro gesunken. Das Tempo des Rückgangs war ungefähr so groß wie im Zeitraum 1998–2003.

Vor allem die „mischfinanzierten“ Ausgaben im Agrarsektor und in der Regionalpolitik (sogenannte „Gemeinschaftsaufgaben“) schrumpften aufgrund von Maßnahmen im Rahmen der Föderalismusreform. Ferner lagen die Ausgaben für den Sektor Verkehr im Jahr 2009 unter dem im Jahr 2003 erreichten Niveau, weil die Zuweisungen des Bundes an die Länder nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz seit dem Jahr 2008 eingestellt worden sind. Ferner wurden die Zahlungen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung gestrichen.

Allerdings hat der Bund den Ländern Kompensationszahlungen für die beiden gestrichenen Finanzhilfen gewährt. Sofern die Länder diese Mittel für Finanzhilfen einsetzen, kann von einer echten Kürzung nicht die Rede sein. Einschließlich der Kompensationszahlungen überwies der Bund im Jahr 2009 10,8 Mrd. Euro für Subventionszwecke an die Länder.

V. Finanzhilfen des Bundes in den Jahren 1998–2009

Die Summe aus direkten und indirekten Finanzhilfen des Bundes dürfte im Jahr 2009 39,3 Mrd. Euro betragen („Finanzhilfen im engeren Sinne“, Tabelle 3). Das waren 6,1 Mrd. Euro mehr als im Jahr 2003 und 17 Mrd. Euro mehr, als der 21. Subventionsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2008 ausweist (BMF 2007).

Table 3:

Finanzhilfen des Bundes 1998–2009 (Mill. Euro)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Direkte Finanzhilfen	25 289	25 820	25 649	21 406	22 611	21 922	21 504	23 562	25 012	23 689	24 435	30 293
Indirekte Finanzhilfen	12 025	11 712	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 332	8 663	8 993
<i>Finanzhilfen im engeren Sinne</i>	<i>37 314</i>	<i>37 532</i>	<i>37 690</i>	<i>33 129</i>	<i>34 334</i>	<i>33 155</i>	<i>32 710</i>	<i>34 791</i>	<i>36 071</i>	<i>34 021</i>	<i>33 089</i>	<i>39 287</i>
Ausgaben mit partiellem Subventionsgehalt	1 927	1 980	2 009	2 321	2 297	2 216	1 867	1 889	2 037	2 157	2 432	2 546
Kompensationszahlungen	518	1 854	1 854
<i>Finanzhilfen im weiteren Sinne</i>	<i>39 241</i>	<i>39 512</i>	<i>39 699</i>	<i>35 450</i>	<i>36 631</i>	<i>35 371</i>	<i>34 577</i>	<i>36 679</i>	<i>38 107</i>	<i>36 697</i>	<i>37 384</i>	<i>43 687</i>

Quelle: BMF, *Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Bezieht man die Kompensationszahlungen ein, die der Bund an die Länder wegen des Wegfalls der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung und zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zahlt, sowie die Ausgaben des Bundes mit partiellem Subventionsgehalt, so erhöht sich der Gesamtbetrag auf 43,7 Mrd. Euro („Finanzhilfen im weiteren Sinne“).

D. Finanzhilfen der EU

Die EU vergibt vor allem Finanzhilfen für Regional- und Strukturpolitik aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und für Agrarpolitik aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). Die Zahlungen der EU aus dem EFRE werden als Finanzhilfen des Bundes oder der Länder erfasst, da diese Staatsebenen die Beträge – meist zusammen mit den jeweiligen Eigenanteilen der auszahlenden Ebene – an die Begünstigten weiterleiten. Die Agrarhilfen der EU hingegen werden bei der EU ausgewiesen, weil auf nationaler Ebene Kofinanzierungsanteile nicht hinzukommen. Vielmehr herrscht eine Funktionsteilung zwischen nationaler Agrarpolitik und jener der EU vor. Der Gesamtbetrag der Mittelzuweisungen und der Marktordnungsausgaben der EU werden im Bundeshaushalt als Anlage E (1090) zu Haushaltskapitel 1004 (Marktordnung) dokumentiert.

Folgende Ausgaben fließen aus dem Europäischen Fonds für die Landwirtschaft (EGFL): Interventionen zur Regulierung von Agrarmärkten, (Titelgruppen 01 bis 11), Direktzahlungen an Landwirte (Titelgruppen 24, 26, 40), Mittel für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen auf dem Binnenmarkt und in Drittländern und Erstattungen bei der Ausfuhr in Drittländer. Die Agrarsubventionen der EU schwankten im vergangenen Jahrzehnt um 6 Mrd. Euro je Jahr, ein Wert, der auch für das Jahr 2009 zu erwarten ist (Tabelle 4). Auffallend ist, dass die Preissubventionen zugunsten der Einkommenssubventionen schrumpfen.

Tabelle 4:

Finanzhilfen der Europäischen Union im Agrarbereich 1998–2009 (Mill. Euro)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	0	0	.	1	1	1	1	1	1	1	.	.
Titelgruppe 01 Getreide	605	573	.	244	228	247	91	235	135	-120	.	.
Titelgruppe 02 Reis	0	0	.	0	0	0	0	0	0	0	.	.
Titelgruppe 03 Milch und Milcherzeugnisse	282	355	.	184	274	401	479	73	75	72	.	.
Titelgruppe 04 Fette	0	0	.	242	0	0	0	0	0	0	.	.
Titelgruppe 05 Zucker und Isoglukose	298	320	.	0	198	119	211	219	93	-420	.	.
Titelgruppe 06 Schweinefleisch	12	123	.	2	0	3	6	1	0	0	.	.
Titelgruppe 07 Rindfleisch	588	484	.	983	924	1 106	805	792	27	13	.	.
Titelgruppe 08 Obst und Gemüse	16	13	.	18	20	21	25	26	27	26	.	.
Titelgruppe 09 Schaf- und Ziegenfleisch	39	42	.	32	44	52	45	0	0	0	.	.
Titelgruppe 10 Rohtabak	30	27	.	34	35	36	35	35	22	20	.	.
Titelgruppe 11 Wein	5	10	.	40	25	24	23	28	17	35	.	.
Titelgruppe 12 bis 18 ^a	47	49	.	45	46	40	43	25	10	17	.	.
Titelgruppe 19 bis 23 ^b	436	430	.	36	63	34	28	17	31	-4	.	.
Titelgruppe 24 Anpassung an die Marktentwicklung ^c	3 368	3 451	.	3 669	3 613	3 609	3 590	4 000	6 400	5 510	.	.
Titelgruppe 25 Rückzahlungen	-11	-8	.	-3	-10	-11	-11	-13	-23	-17	.	.
Titelgruppe 26 Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums	0	0	.	717	705	817	799	793	865	0	.	.
Titelgruppe 40 Modulation	0	0	.	0	0	-46	-18	23	27	19	.	.
<i>Insgesamt</i>	<i>5 715</i>	<i>5 869</i>	<i>5 938</i>	<i>6 243</i>	<i>6 166</i>	<i>6 453</i>	<i>6 152</i>	<i>6 255</i>	<i>7 707</i>	<i>5 152</i>	<i>6 055</i>	<i>6 055</i>

^aFischereierzeugnisse, Flachs und Hanf, Eier, Geflügel, Saatgut, Hopfen, Trockenfutter. — ^bSonstige Beihilfen für im Anhang II des EWG-Vertrags nicht aufgeführte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, Berichtigung früherer Haushaltsjahre. — ^cVor allem Preisausgleichszahlungen für Kulturpflanzen sowie Beihilfen zur Stilllegung von Ackerflächen.

Quelle: BMF (2009); BMF (lfd. Jgg.), Anlage E (1090) zu Haushaltskapitel 1004; eigene Berechnungen.

E. Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit

Man kann die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung darin sehen, das Risiko des Lohnausfalls bei Arbeitslosigkeit zeitlich begrenzt zu versichern und zudem Arbeitslose bei der Suche und der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses zu unterstützen (Sachverständigenrat 2005: Ziffer 701). Die Ausgaben für diese Zwecke sind dann keine Finanzhilfen. Die Finanzierung von Weiterbildungs- und Berufsausbildungsmaßnahmen lässt sich ebenfalls zu den eigentlichen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit zählen.

Die Bundesagentur für Arbeit tätigt aber auch Ausgaben für andere Zwecke, insbesondere im Rahmen der sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik. Viele dieser Ausgaben begünstigen nicht spezifische Personengruppen (wie z.B. Behinderte); auch dienen sie nicht der Internalisierung externer Effekte. Sie verzerren die Allokation und sind damit Finanzhilfen im Sinne der in dieser Arbeit verwendeten Abgrenzung. Meistens handelt es sich um Lohnkostenzuschüsse (Tabelle 5).

Im Jahr 2000 hat die Bundesanstalt für Arbeit für die betreffenden Maßnahmen 9,1 Mrd. Euro ausgegeben, im Jahr 2004 als Bundesagentur für Arbeit 7,8 Mrd. Euro. Maßgeblich für den Rückgang ist die Entwicklung der Aufwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und für Strukturanpassungsmaßnahmen. Mehrausgaben entstanden im Zeitraum 2000–2004 infolge zusätzlicher Maßnahmen nach dem Altersteilzeitgesetz und wegen der verstärkten Förderung der Selbständigkeit. Zeitweise leistete die Bundesagentur Lohnkostenzuschüsse zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser.

Im Jahr 2005 sind die Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit kräftig gesunken. Dies beruht im Wesentlichen auf der Einführung des Arbeitslosengeldes II. „Seit dem 1. Januar 2005 hat sich der Kreis der Leistungsempfänger im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Wesentlichen um die Arbeitslosenhilfebezieher verkleinert. Daher haben sich im Jahr 2005 die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung für Arbeitsförderungsmaßnahmen ... deutlich verringert. Förderungsmaßnahmen für die Empfänger von Arbeitslosengeld II werden nunmehr ... vom Bund aus Steuermitteln finanziert“ (Sachverständigenrat 2005: Ziffer 507). Auch in den Jahren 2006, 2007 und 2008 haben die Finanzhilfen abgenommen. Dabei sind die Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz hoch geblieben. Im Jahr 2009 dürften die Finanzhilfen 4 Mrd. Euro betragen.

Tabelle 5:

Finanzhilfen der Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit 2000–2009 (Mill. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Mobilitätshilfen	69	103	131	193	222	118	104	128	140	.
Eingliederungszuschüsse	980	1 062	1 225	1 349	908	308	291	415	488	.
Einstellungszuschüsse (u.a. bei Neugründungen)	134	128	130	180	177	78	42	35	26	.
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei Weiterbildung Beschäftigter	0	0	4	16	20	18	14	7	3	.
Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen	9	22	44	0	1	-1	0	0	0	.
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3 680	2 976	2 333	1 676	1 212	261	107	58	40	.
Zuschüsse zu Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen	0	0	25	60	49	12	3	1	0	.
Struktur Anpassungsmaßnahmen	1 364	871	810	598	399	167	69	27	10	.
Freie Förderung	575	612	504	286	203	81	113	89	56	.
Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit	750	805	1 006	1 413	1 746	0	0	0	0	.
Überbrückungsgeld	0	0	0	0	0	1 847	1 471	93	0	.
Existenzgründungszuschüsse	0	0	0	268	980	1 353	1 027	501	145	.
Gründungszuschüsse	0	0	0	0	0	0	83	1 224	1 494	.
Winterbauförderung (beitragsfinanziert)	40	45	44	76	48	76	96	0	0	.
Leistungen der aktiven Arbeitsförderung über den Europäischen Sozialfonds	237	280	278	193	163	106	55	46	37	.
Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer	0	0	0	7	22	25	31	46	57	.
Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	274	514	674	864	986	1 111	1 260	1 379	1 345	.
Sofortmaßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	954	1 138	1 101	924	446	0	0	0	0	.
Eingliederungszuschuss bei Berufsrückkehr	12	14	15	15	5	0	0	0	0	.
Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser	0	333 ^a	289	60	0	0	0	0	0	.
Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung für arbeitsmarktbedingte Renten	0	95	192	156	178	193	200	190	174	.
<i>Zusammen</i>	<i>9 078</i>	<i>8 998</i>	<i>8 830</i>	<i>8 334</i>	<i>7 765</i>	<i>5 753</i>	<i>4 883</i>	<i>4 239</i>	<i>4 015</i>	<i>4 000^b</i>

^aVor 2001: Ausgaben des Bundes. — ^bGeschätzt.

Quelle: Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.); Boss und Rosenschon (2008: 30); eigene Berechnungen.

Der Bund hat im Rahmen der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Jahr 2005 rund 1,7 Mrd. Euro, in den Jahren 2006 bis 2008 jeweils rund 2,5 Mrd. Euro aufgewendet (Tabelle 6, Tabelle A1). Im Jahr 2009 dürften die Aufwendungen auf 2,8 Mrd. Euro steigen.

Infolge der mit der Reform Anfang 2005 veränderten Aufgabenverteilung gewährt der Bund zwar zunehmend Leistungen, die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben einschließlich derer der Bundesagentur für Arbeit (Tabelle 5) haben aber im Zeitraum 2000–2008 deutlich abgenommen. Sie dürften sich im Jahr 2009 auf 6,8 Mrd. Euro belaufen.

Tabelle 6:

Ausgewählte Ausgaben des Bundes^a im Rahmen der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit 2005–2009 (Mill. Euro)

	2005	2006	2007	2008	2009
Mobilitätshilfen	53	82	92	101	20
Eingliederungszuschüsse	146	317	421	449	492
Einstellungszuschüsse	28	32	31	26	16
Zuschüsse zu Beschäftigung schaffenden Maßnahmen	1 468	1 862	1 737	1 986	2 211
Einstiegsgeld	22	64	71	64	52
Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz	1	11	22	20	10
<i>Zusammen</i>	1 718	2 368	2 374	2 646	2 801

^aOhne Ausgaben der nach § 6a Sozialgesetzbuch II zugelassenen kommunalen Träger (Optionskommunen).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die Abgrenzung der Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit und der vergleichbaren Leistungen des Bundes ist keineswegs weit gefasst. Man könnte z.B. durchaus Qualifizierungsmaßnahmen oder spezielle Maßnahmen für Jüngere einbeziehen, weil eine sozialpolitisch begründbare Aufgabe damit wohl kaum oder nur teilweise erfüllt wird. Analog zu den Ausgaben für die Ausbildung an Universitäten könnte auch argumentiert werden, die betreffenden Ausgaben seien eigentlich zu erfassen, die Daten lassen dies aber nicht zu.

F. Zahlungen der Sondervermögen des Bundes

I. Finanzkrise und Staatshilfen

Seit reichlich einem Jahr ergreifen der Bund und einige Länder Maßnahmen, um Banken zu unterstützen. Hilfe erhielten u.a. (direkt vom Bund oder über die KfW) die Industriekreditbank (IKB), die Sachsen LB und die WestLB. Mitte Oktober 2008 wurde ein „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ (SoFFin) geschaffen, der ein Sondervermögen des Bundes mit Sitz in Frankfurt ist.

Das Bundesfinanzministerium wird dadurch ermächtigt, für den Fonds Garantien bis zur Höhe von 400 Mrd. Euro für bis zum 31. Dezember 2009 begebene Schuldtitel und bis zu diesem Zeitpunkt begründete Verbindlichkeiten von Unternehmen des Finanzsektors zu übernehmen, wenn die Laufzeit bis zu 36 Monate beträgt. Der Fonds erhält Gebühren für die Garantien. Darüber hinaus kann sich der Fonds an der Rekapitalisierung der Unternehmen des Finanzsektors beteiligen, insbesondere kann er gegen Leistung einer Einlage Anteile oder stille Beteiligungen erwerben. Schließlich kann der Fonds von Unternehmen des Finanzsektors vor dem 13. Oktober 2008 erworbene Risikopositionen, insbesondere Forderungen, Wertpapiere und derivative Finanzinstrumente („faule Kredite“), erwerben. Die Leistungen des Staates sind an bestimmte Auflagen für die begünstigten Finanzunternehmen geknüpft. Sie betreffen z.B. die Höhe der Vorstandsbezüge, die Regeln für Bonuszahlungen und die Zulässigkeit von Dividendenzahlungen. Der Bund darf für den Fonds Kredite in Höhe von bis zu 70 Mrd. Euro aufnehmen, damit der Fonds seine Ausgaben tätigen kann; unter bestimmten Voraussetzungen ist eine zusätzliche Verschuldung in Höhe von 10 Mrd. Euro erlaubt. Die Kosten für die Verwaltung des Fonds trägt der Bund. Nach dem Jahresende 2009 wird der Fonds abgewickelt und aufgelöst. Das „Schlussergebnis“ wird im Verhältnis 65 zu 35 auf Bund und Länder aufgeteilt; allerdings darf die „Beteiligung“ der Länder an den Kosten 7,7 Mrd. Euro nicht überschreiten. Es lässt sich nicht einigermaßen verlässlich schätzen, wie stark die Banken auf die Angebote des Fonds zugreifen werden.

Es ist fraglich, ob und inwieweit die Zahlungen des SoFFin an Finanzunternehmen als Finanzhilfen zu werten sind. Denn bei Gründung des Sonderfonds lag eine Situation vor, die staatliches Handeln erforderte. Die Finanzmarktakteure waren nach den Turbulenzen nicht bereit, sich gegenseitig zu vertrauen, es gab kaum noch Handel auf dem Markt für kurzfristige Liquidität, so dass ohne staatliches Eingreifen das Funktionieren der Volkswirtschaft gefährdet gewesen wäre. Aus diesem Grund werden die Transaktionen des SoFFin nicht in das Volumen der Finanzhilfen einbezogen.

Der SoFFin veröffentlicht nur sporadisch Zahlen zum gesamten Antragsvolumen und zum Gesamtvolumen der gewährten Verträge. Am 8. Oktober 2009 belief sich das Antragsvolumen auf 232,8 Mrd. Euro, das der gewährten Verträge auf 155,6 Mrd. Euro (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung 2009). Davon waren 127,7 Mrd. Euro in Form von Garantien gewährt, 21,9 Mrd. Euro als Eigenkapital zur Verfügung gestellt. 5,9 Mrd. Euro entfielen auf Risikoübernahmen. Anfang November wurden Garantien in Höhe von 132 Mrd. Euro genutzt; 22 Mrd. Euro waren als Eigenkapital bereitgestellt worden (vgl. *Kieler Nachrichten* 2009).

Die finanziellen Aktivitäten des SoFFin seit seiner Gründung in den Bereichen der Garantieübernahme und der Rekapitalisierung lassen sich durch Internetrecherchen annähernd nachzeichnen. Informationsquellen sind die Archive der großen Wirtschaftszeitungen und -magazine, der Anzeiger für staatliche Beihilfen, den die Kommission der Europäischen Union veröffentlicht und die Pressemeldungen der Finanzinstitutionen (Tabelle 7). Größter Nachfrager nach Garantien und Kapitalhilfen des SoFFin war bisher die Spezialbank für Immobilien- und Staatsfinanzierung Hypo Real Estate, die seit 5. Oktober 2009 vollständig verstaatlicht ist. Das Volumen an geleisteten Garantien soll im August 2009 bei rund 90 Mrd. Euro gelegen haben. Viel Presseresonanz fanden die Hilfen zugunsten der HSH Nordbank, der Bayerischen Landesbank und der Commerzbank. Die Krise der deutschen Automobilindustrie zog auch die dazu gehörigen Banken in Mitleidenschaft.

Risikoübernahmen hat es erst in jüngerer Vergangenheit gegeben. Am 1. Oktober 2009 hat der SoFFin bewilligt, ein Portfolio der West LB von bis zu 6,4 Mrd. Euro im Tausch gegen Staatsschuldtitel des Bundes zu übernehmen. Am 7. Oktober 2009 war in den Pressemeldungen der West LB zu lesen, dass der Aufsichtsrat der Unterzeichnung von Vertragswerken zugestimmt hat, mit der eine Auslagerung nichtstrategischer Aktiva in Höhe von insgesamt mindestens 87 Mrd. Euro auf den Weg gebracht werden soll. Derzeit verhandelt die West LB mit dem Fonds.

Tabelle 7:

Garantien und Rekapitalisierungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)

Nr.	Antragsteller	Garantie- rahmen	Rekapitalisierung	Beantragt	Vom SoFFin bewilligt	Aufgestockt	Verlängert	Sonstige Bemerkungen
1)	Hypo Real Estate ^a	20 Mrd. € 30 Mrd. € 42 Mrd. € 52 Mrd. €	60 Mill. € 124,2 Mill. € kapp 3 Mrd. € 158 Mill. € 4 Mrd. € ?		11.11.2008	09.12.2008 21.01.2009 11.02.2009	14.04.2009 17.08.2009	Aktienerwerb (8,7 % der Anteile) 28.3.2009 Aktienerwerb (47,31 % der Anteile) 07.05.2009 Kapitalerhöhung (90 % der Anteile) 08.06.2009 Aktienerwerb (100 % der Anteile durch Zwangsabfin- dung der Minder- heitsaktionäre) 05.10.2009 bis Jahresende 2009?
2)	HSH Nordbank	30 Mrd. €			21.11.2008			
3)	Bayrische Landesbank	15 Mrd. €	3 Mrd. €		13.10.2008			
4)	Commerzbank	15 Mrd. €	8,2 Mrd. €		28.11.2008			
			10 Mrd. €		03.11.2008			
5)	Sicherungsgesellschaft deutscher Banken (SdB)	6,7 Mrd. €			19.12.2008			
6)	Volkswagenbank	2 Mrd. €			08.01.2009			
7)	Deutsche Industriebank (IKB)	5 Mrd. €			22.01.2009 ^b			
8)	Aarealbank	12 Mrd. €			05.12.2008			
9)	Düsseldorfer Hypothesenbank	4 Mrd. € 2,5 Mrd. €	525 Mio. €		23.12.2008	03.07.2009		
10)	Corealcredit	knapp 1 Mrd. €			12.03.2009			
11)	Opel-Finanzierer GMAC	5 Mrd. €		18.02.2009	05.08.2009			
12)	Landesbank Baden- Württemberg	16 Mrd. €		06.03.2009				
13)	West LB							am 01.10.2009 Auslagerung von Wertpapieren im Umfang von 6,4 Mrd. € am 07.10.2009 Auslagerung von (mindestens) 87 Mrd. Euro geplant

^aVolumen an geleisteten Garantien. Stand August 2009: rund 90 Mrd. €. — ^bGenehmigung durch EU-Kommission.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009); diverse Pressemeldungen (Archive der großen Wirtschaftszeitungen und -magazine; Pressemitteilungen der Antrag stellenden Unternehmen; eigene Zusammenstellungen ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

II. Finanzhilfen zweier Sondervermögen

Der Investitions- und Tilgungsfonds ist errichtet worden, um die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung vom 14. Januar 2009 zu finanzieren. Soweit der Fonds selektive Zahlungen zugunsten von Unternehmen leistet, handelt es sich um Finanzhilfen. Schwerpunkte des Konjunkturpakets – soweit finanzhilferelevant – sind die sogenannte Abwrackprämie zugunsten der Automobilindustrie (Tabelle 8), die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand sowie diverse Zahlungen zugunsten des Sektors Verkehr (1,3 Mrd. Euro). Darüber hinaus fördert der Bund – bei einer gewissen Eigenbeteiligung – Investitionen von Ländern und Gemeinden. Insgesamt werden 10 Mrd. Euro eingesetzt; davon werden 2 Mrd. Euro als indirekte Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds veranschlagt. Sie fließen u.a. in Kindertagesstätten und in Krankenhäusern.

Tabelle 8:

Direkte Finanzhilfen des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ im Jahr 2009 (in 1 000 Euro)

Titel	Erläuterung	Soll
68301	Aufstockung des zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM)	900 000
69701	Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage (Abwrackprämie)	5 000 000
89121	Investitionen in den Schienenverkehr	700 000
89221	Investitionen in den Kombinierten Verkehr	100 000
53161	Studien, Untersuchungen, Gutachten sowie Projektbegleitung im Bereich Mobilität	30 000
66262	Zinszuschüsse im Rahmen eines Förderprogramms zu innovativen Antriebstechnologien der KfW-Förderbank	50 000
68361	Innovative Mobilitätskonzepte	270 000
89161	Modellvorhaben und Demonstrationsprojekte im Bereich innovativer Mobilitätskonzepte	150 000
Zusammen		7 200 000

Quelle: Deutscher Bundestag (2009).

Der Fonds „Kinderbetreuungsausbau“ ist im Jahr 2008 errichtet worden und soll als ko-finanzierte Einrichtung von Bund und Ländern bis zum Jahr 2013 Mittel für die Verbesserung der Kinderbetreuung bereitstellen. Im Jahr 2009 leistet der Bund knapp eine halbe Mrd. Euro (Tabelle 9), im Jahr 2013 sollen es mehr als 1 Mrd. Euro, einschließlich der Leistungen der Länder knapp 3 Mrd. Euro sein. Über den gesamten Förderzeitraum hinweg belaufen sich die Finanzhilfen auf 12 Mrd. Euro.

Tabelle 9:

Finanzhilfen des Sonderfonds „Kinderbetreuungsausbau“ 2008–2013 (in 1 000 Euro)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Investitionskosten des Bundes	377 000	369 000	362 000	355 000	347 000	340 000
Betriebskosten des Bundes	0	100 000	200 000	350 000	500 000	700 000
Insgesamt	377 000	469 000	562 000	705 000	847 000	1 040 000
<i>Nachrichtlich:</i>						
Investitionskosten der Länder	296 000	304 000	311 000	306 000	313 000	320 000
Betriebskosten der Länder	362 000	648 000	936 000	1 172 000	1 409 000	1 623 000
Insgesamt	658 000	952 000	1 247 000	1 478 000	1 722 000	1 943 000
Finanzhilfen des Bundes und der Länder	1 035 000	1 421 000	1 809 000	2 183 000	2 569 000	2 983 000

Quelle: Bundesrat (2008).

G. Zusammenfassung

Finanzhilfen, für die der Bund letztlich (mit-)verantwortlich ist, werden nicht nur über den Bundeshaushalt geleistet. Rechnet man die Ausgabesubventionen der Bundesagentur für Arbeit, des Investitions- und Tilgungsfonds, des Sonderfonds „Kinderbetreuungsausbau“ und die der EU für Agrarpolitik hinzu, erhält man für das Jahr 2009 ein Volumen von 54,4 Mrd. Euro. Im Jahr 2004 haben die gesamten Finanzhilfen in Bundesverantwortung 48,5 Mrd. Euro betragen (Tabelle 10).

Tabelle 10:

Zahlungen zugunsten von Unternehmen in der Verantwortung des Bundes (in 1 000 €)^a

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Finanzhilfen des Bundes						
I Direkte Finanzhilfen des Bundes	21 503 727	23 561 726	25 011 532	23 688 994	24 435 241	30 293 336
II Ausgaben mit partiellem Subventionsgehalt (Grenzfälle)	1 867 460	1 888 958	2 036 858	2 157 385	2 431 634	2 546 128
III Indirekte Finanzhilfen des Bundes	11 206 227	11 228 625	11 059 050	10 331 949	8 663 124	8 993 364
IV Kompensationszahlungen an Länder wegen des Auslaufens indirekter Finanzhilfen	0	0	0	518 200	1 853 700	1 853 700
V Finanzhilfen im engeren Sinne (I + III)	32 709 954	34 790 351	36 070 582	34 020 943	33 098 365	39 286 700
VI Finanzhilfen im weiteren Sinne (I + II + III + IV)	34 577 414	36 679 309	38 107 440	36 696 528	37 383 699	43 686 528
Finanzhilfen der Sondervermögen						
VII Direkte Finanzhilfen des Investitions- und Tilgungsfonds	0	0	0	0	0	7 200 000
VIII Indirekte Finanzhilfen des Fonds (geschätzt)						2 000 000
IX VII + VIII						9 200 000
X Finanzhilfen des Sonderfonds „Kinderbetreuungsausbau“	0	0	0	0	377 000	469 000
Finanzhilfen der Bundesagentur für Arbeit	7 765 000	5 753 000	4 883 000	4 239 000	4 015 000	4 000 000
Finanzhilfen der Europäischen Union	6 152 184	6 255 474	7 707 175	5 152 572	6 055 000	6 055 000
Finanzhilfen insgesamt	48 494 598	48 687 783	50 697 615	46 088 100	47 830 699	54 410 528
<i>Nachrichtlich:</i>						
Stabilisierungshilfen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)^b						
Antragsvolumen Stabilisierungshilfen						232 900 000
davon: gewährte Verträge						155 600 000
gewährte Garantien						127 700 000
Rekapitalisierung						21 900 000
Risikübernahmen						5 900 000
Sonderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)^c						
– für mittelständische Unternehmen						15 000 000
– für größere Unternehmen						25 000 000
Ermächtigungsrahmen für Gewährleistungen des Bundes	318 605 000	308 605 000	309 455 000	309 755 000	313 610 000	469 545 006

^aOhne Komplementärmittel der Länder. — ^bStand: 8. Oktober 2009. — ^cBefristet bis 31. Dezember 2010

Quelle: BMF, *Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes* (lfd. Jgg.); Deutscher Bundestag (2009); Auskunft des Sonderfonds „Finanzmarktstabilisierung“; Auskunft des Bundesministeriums der Finanzen; eigene Berechnungen.

Neben diesen Finanzhilfen hat die Bundesregierung ein 40 Mrd. Euro schweres Konjunkturprogramm über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgelegt. Da es sich um Darlehen für mittelständische und für größere Unternehmen handelt, die zurückzuzahlen sind, gehen diese Beträge nicht ins Finanzhilfenvolumen ein. Andere Stützungsmaßnahmen kommen hinzu.

H. Wirtschaftspolitische Überlegungen

Der Bund leistet Finanzhilfen in sehr großem Ausmaß. Es gibt viele Möglichkeiten, durch Kürzungen das Budget auszugleichen und zudem Spielraum für Steuersenkungen zu schaffen. Eine Strategie des Bundes könnte darauf abzielen, durch Einschnitte in die direkten Finanzhilfen mittelfristig das Budget auszugleichen und darüber hinaus den Solidaritätszuschlag abzuschaffen. Der Bund wäre bei diesen Maßnahmen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite nicht auf die Zustimmung der Länder angewiesen. Direkte Finanzhilfen kann er anders als indirekte Finanzhilfen autonom verändern. Das Aufkommen, das der Solidaritätszuschlag bringt, steht dem Bund zu 100 Prozent zu, die Steuereinnahmen der Länder würden also nicht beeinflusst; eine Zweckbindung des Aufkommens für Maßnahmen zur Förderung der neuen Länder gibt es – anders als oft behauptet – nicht.

Konkret könnte der Bund seine direkten Finanzhilfen in vier Stufen auf null verringern. Eine allmähliche Kürzung um 25, 50, 75 und schließlich 100 Prozent würde – anders als eine radikale Kürzung um 100 Prozent in einem Schritt – den Privaten die Anpassung an die neuen Verhältnisse erleichtern. Ausgangspunkt der Strategie könnte der Koch-Steinbrück-Plan vom Herbst 2003 sein (vgl. den folgenden Abschnitt). Würde gleichzeitig der Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer- und die Körperschaftsteuerschuld in vier Stufen von 5,5 auf 0 Prozent gesenkt, so wäre der Saldo des Bundeshaushalts – bei zunehmendem Abstand – deutlich höher als sonst. In dem Maße, in dem die Strategie des Bundes Wachstum und Beschäftigung stärkt, verlief die Entwicklung günstiger als dargestellt.

I. Inwieweit ist der Koch-Steinbrück-Plan vom Herbst 2003 umgesetzt worden?

I. Inhalt des Plans

1. Grundzüge

Der Ministerpräsident von Hessen, Roland Koch, und der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, haben im September 2003 eine vielbeachtete Studie zum Thema Subventionskürzung vorgelegt (Koch und Steinbrück 2003). Sie betrifft Subventionen, die bundesrechtlich geregelt sind, weil sie auf die Politik des Bundes abzielt; Subventionen, über die auf EU-Ebene oder von Ländern und/oder Gemeinden in eigener Verantwortung entschieden wird, entziehen sich einer unmittelbaren Einflussnahme durch den Bund.⁷ Es handelt sich zum einen um Steuervergünstigungen, zum anderen um Finanzhilfen. Die Daten für die Steuervergünstigungen betreffen (basierend auf dem 18. Subventionsbericht der Bundesregierung) das Jahr 2002, die für die Finanzhilfen des Bundes (basierend auf Untersuchungen des Instituts für Weltwirtschaft) grundsätzlich das Jahr 2000.⁸ Koch und Steinbrück errechneten ein Subventionsvolumen von 127,4 Mrd. Euro (Tabelle 11).

Tabelle 11:

Subventionen gemäß der Koch-Steinbrück-Studie (Mrd. Euro)

	Steuervergünstigungen	Finanzhilfen	Zusammen
Bereich I (zu kürzende Subventionen)	38,921	38,465 ^a	77,386
Bereich II (umstrittene Subventionen)	5,926	.	5,926
Bereich III (nicht zu kürzende Subventionen)	38,689	5,354 ^b	44,043
Zusammen	83,536	43,819	127,355

^a38,298 Mrd. Euro ohne Sollbeträge 2003. — ^b5,241 Mrd. Euro ohne Sollbeträge 2003.

Quelle: Koch und Steinbrück (2003: 9); eigene Berechnungen.

Von den ausgewiesenen Steuervergünstigungen in Höhe von 83,5 Mrd. Euro sollten im Konsens – dem Titel der Studie entsprechend – knapp 39 Mrd. Euro gestrichen werden. Steuervergünstigungen in Höhe von knapp 6 Mrd. Euro wurden von den beiden Ministerpräsidenten, was die Kürzbarkeit betrifft, unterschiedlich bewertet, und Vergünstigungen in Höhe von 38,7 Mrd. Euro sollten beibehalten werden, weil ein Abbau „nicht möglich, nicht gerechtfertigt oder nicht sinnvoll ist“ (Koch und Steinbrück 2003: 13). Bei den Finanzhilfen des

⁷ Die Koch-Steinbrück-Studie schließt gleichwohl einzelne Finanzhilfen der Länder ein.

⁸ Maßnahmen, die nach dem Jahr 2003 nicht mehr zu Ausgaben führen, bleiben unberücksichtigt; im Jahr 2003 eingeführte Hilfen werden in Form von „Sollbeträgen“ für das Jahr 2003 einbezogen.

Bundes wurden ebenfalls solche unterschieden, die abgebaut werden sollten (38,5 Mrd. Euro), und solche, die nicht in einen Kürzungsplan einbezogen werden sollten (5,4 Mrd. Euro).

Koch und Steinbrück haben vorgeschlagen, in den Jahren 2004–2006 Subventionen in Höhe von insgesamt 10,557 Mill. Euro zu kürzen, und zwar im konkreten Fall in der Regel um 4 Prozent je Jahr.⁹ Dies sollte ein erster Schritt in Richtung Subventionsabbau sein.

2. Der Plan für die Steuervergünstigungen

Das für die Steuervergünstigungen für die Jahre 2004–2006 vorgeschlagene Kürzungsvolumen beläuft sich auf 5,940 Mrd. Euro (Koch und Steinbrück 2003: 10). Mehreinnahmen in dieser Höhe sollten in drei etwa gleichen Raten, die grundsätzlich 4 Prozent der Kürzungsmasse darstellen, erzielt werden. 2,430 Mrd. Euro davon betreffen die Auswirkungen von Abschreibungsregelungen, also von Maßnahmen, die in der vorliegenden Arbeit nicht als Subventionierung eingestuft werden. Als Differenz ergeben sich 3,510 Mrd. Euro. Dieser Betrag ist im Folgenden die Bezugsgröße bei der Überprüfung der Verwirklichung des Plans der beiden Ministerpräsidenten.

3. Der Plan für die Finanzhilfen des Bundes

Das Kürzungspotential bei den Finanzhilfen war auf 38,3 Mrd. Euro (ausschließlich der Sollbeträge 2003 für neue Hilfen) festgelegt worden (Tabelle 12). Vier Prozent davon sollten in jedem der Jahre 2004–2006 gekürzt werden. Insgesamt sind dies 4,598 Mrd. Euro. Die drei Subventionskategorien „Allgemeine Finanzhilfen“, „Schienenverkehr“ und „Mischfinanzierungen“ sollten davon mit 1 446,0, 1 898,7 bzw. 1 251,0 Mill. Euro betroffen sein. Die Kategorien „Schienenverkehr“ und „Mischfinanzierungen“ enthalten vor allem indirekte Finanzhilfen.

⁹ Für die vorgeschlagenen Eingriffe in die Abschreibungsregeln beträgt der Kürzungssatz nicht insgesamt 12, sondern rund 24 Prozent.

Tabelle 12:

Finanzhilfen gemäß der Koch-Steinbrück-Studie und vorgeschlagene Kürzungen (Mill. Euro)

	Volumen insgesamt (im Jahr 2000)	4 Prozent davon (Kürzung je Jahr)
A. Finanzhilfen allgemein		
<i>I. Finanzhilfen an den Unternehmenssektor</i>		
<i>1. Sektorspezifische Hilfen</i>		
Landwirtschaft	1 922,5	76,9
Bergbau	4 398,4	175,9
Schiffbau	125,1	5,0
Verkehr	1 663,5	66,5
Wohnungswirtschaft	524,6	21,0
Luft- und Raumfahrzeugbau	61,1	2,4
Sonstige Sektoren	126,7	5,1
Zusammen	8 821,9	352,9
<i>2. Branchenübergreifende Hilfen</i>	301,0	12,0
<i>3. Zusammen</i>	9 122,9	364,9
<i>II. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	2 926,3	117,1
<i>III. Zusammen</i>	12 049,2	482,0
B. Finanzhilfen im Bereich Schienenverkehr	15 823,5	632,9
C. Mischfinanzierungen	10 425,0	417,0
D. Insgesamt	38 297,7	1 531,9

Quelle: Koch und Steinbrück (2003: 49–58); eigene Berechnungen.

II. Konkrete Maßnahmen

1. Steuervergünstigungen

Die Diskussion der Koch-Steinbrück-Studie führte zu konkreten Schritten der Politik. Sie schlugen sich, was die Steuervergünstigungen betrifft, in zahlreichen Gesetzen nieder (Übersicht 1). Von unmittelbar großer Bedeutung war das Haushaltsbegleitgesetz 2004, das unter der Überschrift Koch-Steinbrück I diskutiert worden war. Auf Koch-Steinbrück I folgten Schritte (wie z.B. das Haushaltsbegleitgesetz 2005), die als Konsequenz der Diskussion der Koch-Steinbrück-Studie aufgefasst werden können. Die Pläne der beiden Ministerpräsidenten haben sich aber auch mit großer Verzögerung, und zwar selbst noch in dem Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm vom 30. Dezember 2005, niedergeschlagen.¹⁰ Die quantitativ wichtigste Maßnahme war die Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle.

¹⁰ Dazu dürfte beigetragen haben, dass einer der Autoren der Studie im Herbst 2005 Bundesfinanzminister geworden war.

Übersicht 1:

Gesetzesänderungen, die Steuervergünstigungen betreffen 2003–2007

Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz) vom 16. Mai 2003

Gesetz zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 22. Dezember 2003

Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze vom 23. Dezember 2003

Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29. Dezember 2003, insbesondere Maßnahmen zum Regelabbau von Steuervergünstigungen (Koch-Steinbrück I)

Investitionszulagengesetz 2005 vom 17. März 2004

Haushaltsbegleitgesetz 2005 vom 22. Dezember 2004

Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage vom 30. Dezember 2005

Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm vom 30. Dezember 2005

Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006

Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 29. Juni 2006

Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes vom 15. Juli 2006

Investitionszulagengesetz 2007 vom 15. Juli 2006

Steueränderungsgesetz 2007 vom 24. Juli 2007

Gesetz zur Einführung einer Biokraftquote und zur Änderung energie- und stromsteuerrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 2006

Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 6. Juli 2007

Quelle: BMF, Finanzbericht (lfd. Jgg.); BGBl., Teil I (lfd. Jgg.).

Das Haushaltsbegleitgesetz 2004 enthielt Maßnahmen, die im Jahr 2006 zu Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 2,8 Mrd. Euro führen sollten (Tabelle 13). All diese Maßnahmen außer der Verringerung des Sparerfreibetrags (2006: 0,2 Mrd. Euro) werden in der vorliegenden Arbeit als Reduktionen von Steuervergünstigungen gewertet (zur Abgrenzung vgl. Boss und Rosenschon 2008). Die von Koch und Steinbrück vorgeschlagenen und durchgesetzten Änderungen bei den Abschreibungsregeln bleiben außer Betracht, weil nicht klar ist, ob die Wirkung der betreffenden Regeln als Subventionierung eingestuft werden muss. Aufgrund des Haushaltsbegleitgesetzes und der anderen Maßnahmen resultieren für das Jahr 2006 Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 3,4 Mrd. Euro, für das Jahr 2008 solche von 6,5 Mrd. Euro. Ausschließlich des Effekts der Verringerung des Sparerfreibetrags handelt es sich um 3,2 bzw. 6,3 Mrd. Euro. Das für das Jahr 2006 angestrebte Kürzungsvolumen wurde demnach nicht ganz erreicht. Es wurden zudem auch schon vor der Bundestagswahl 2005 Vergünstigungen, die befristet waren, für längere Zeit gewährt sowie Vergünstigungen eingeführt. So wurde die Laufzeit der Investitionszulage im Jahr 2004 (wieder befristet) verlängert.

Tabelle 13:

Mehreinnahmen infolge der Kürzung von Steuervergünstigungen entsprechend dem oder in Anlehnung an den „Koch-Steinbrück-Plan“ vom Herbst 2003 (Mill. Euro)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
A. Haushaltsbegleitgesetz 2004							
Reduktion der Eigenheimzulage um 30 Prozent	94	628	947	1 263	1 578	.	.
Verringerung des Freibetrags für Übergangsgelder	5	5	5	5	5	.	.
Senkung der Freibeträge für Abfindungen	65	70	70	70	70	.	.
Verringerung des Freibetrags für Heirats- und Geburtshilfen
Streichung der Steuerbefreiung der Zuschüsse für Fahrten zu der bzw. von der Arbeitsstätte	35	50	50	50	50	.	.
Reduktion des Freibetrags für Sachprämien aus Kundenbindungsprogrammen
Verringerung des Abzugsbetrags für Aufwendungen für Geschenke	.	5	10	10	10	.	.
Senkung des Freibetrags für Belegschaftsrabatte	15	15	15	15	15	.	.
Senkung der Freigrenze für Sachbezüge
Vereinheitlichung der Entfernungspauschale auf 0,3 Euro je km	400	1 050	1 120	1 120	1 120	.	.
Reduktion des Sonderausgabenabzugs von Prämien an Lebensversicherungen	.	65	120	120	120	.	.
Verringerung des Freibetrags für Veräußerungsgewinne von Unternehmen allgemein	.	30	50	50	50	.	.
Reduktion des Freibetrags bei der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	.	5	5	5	5	.	.
Verringerung des Freibetrags für Veräußerungsgewinne bei Freiberuflern	.	5	10	10	10	.	.
Reduktion des steuerfreien Höchstbetrags bei der Überlassung von Vermögensbeteiligungen	5	5	5	5	5	.	.
Verringerung des Sparerfreibetrags	100	170	190	190	190	.	.
Reduktion der Begünstigung verbilligt überlassener Wohnungen	.	.	5	5	5	.	.
Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes für betriebliche Veräußerungsgewinne	.	65	160	230	285	.	.
Erhöhung des Pauschalsteuersatzes auf Sachprämien
Abschaffung des Freibetrags für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
Senkung des Freibetrags beim Erwerb von Betriebsvermögen	.	15	30	30	30	.	.
Kürzung der Rennwettsteuervergütung für Rennvereine
Anhebung der gestaffelten Sätze bei der Biersteuer	10	10	10	10	10	.	.
Reduktion der Stromsteuervergünstigung im Schienenbahnverkehr und im Verkehr mit O-Bussen	20	20	20	20	20	.	.
Verringerung der Vergünstigung bei der Erdgas- und Flüssiggasbesteuerung beim Verbrauch im öffentlichen Verkehr	.	5	5	5	5	.	.
Senkung der Mineralölsteuerbegünstigung im öffentlichen Personennahverkehr	.	5	5	5	5	.	.
Senkung des begünstigten Anlagehöchstbetrags bei Vermögensbildungsmaßnahmen	.	3	10	13	16	.	.
Zusammen	749	2 226	2 842	3 231	3 604	3 900^b	4 200^b
B. Haushaltsbegleitgesetz 2005^a	.	0	287	287	287	287	287^b
C. Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage	.	.	223	1 488	2 228	2 970	3 713
D. Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm							
Abschaffung des Freibetrags für Abfindungen	-	-	25	310	395	400	400
Wegfall des Freibetrags für Übergangsgelder	-	-	-	-	-	25	50
Abschaffung des Freibetrags für Heirats- und Geburtsbeihilfen des Arbeitgebers	-	-	10	10	10	10	10
Zusammen	-	-	35	320	405	435	460
E. Insgesamt	749	2 226	3 387	5 326	6 524	7 592	8 660

. bedeutet: Keine Angabe in der Quelle.

^aKürzung der Mineralölsteuervergünstigung für die Landwirtschaft. — ^bGeschätzt.

Quelle: BMF, *Finanzbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

2. Finanzhilfen des Bundes

Soll geprüft werden, inwieweit der Koch-Steinbrück-Plan hinsichtlich der Finanzhilfen realisiert worden ist, so sind zunächst verschiedene Korrekturen der Beträge für die Finanzhilfen vorzunehmen, die in der Koch-Steinbrück-Studie als Ausgangsgrößen dienen. So ist zu beachten, dass die Finanzhilfen gemäß der Studie Koch-Steinbrück einzelne Hilfen der Länder beinhalten, die nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit sind. Dies gilt z.B. für die Kohlesubventionen des Landes Nordrhein-Westfalen; auch waren für Fahrgeldausfälle der Länder im Bereich öffentlicher Personennahverkehr Beträge in Höhe von 1,4 Mrd. Euro angesetzt worden. Bei den Hilfen an (halb-)staatliche Dienstleister ist das Volumen für das Jahr 2000 (2 926,3 Mill. Euro) angesichts der teils revidierten Abgrenzungen auf 2 673,8 Mill. Euro zu korrigieren. Als Ergebnis der Bereinigungen resultiert für das Jahr 2000 ein Kürzungspotential von 29,11 Mrd. Euro (Tabelle 14); 12 Prozent davon, das vorgeschlagene Kürzungsvolumen, sind 3,49 Mrd. Euro.

Tabelle 14:

Finanzhilfen – Kürzungspotential gemäß der Koch-Steinbrück-Studie und Ergebnis für 2006 (Mill. Euro)

	Volumen im Jahr 2000 ^a	Volumen im Jahr 2006
A. Finanzhilfen allgemein		
<i>I. Finanzhilfen an den Unternehmenssektor</i>		
<i>1. Sektorspezifische Hilfen</i>		
Landwirtschaft	1 922,5	1 522,6
Bergbau	3 971,5	1 691,6
Schiffbau	125,1	44,5
Verkehr	261,2	277,5
Wohnungswirtschaft	525,5	641,4
Luft- und Raumfahrzeugbau	61,1	54,8
Sonstige Sektoren	126,7	105,2
Zusammen	6 993,6	4 337,6
<i>2. Branchenübergreifende Hilfen</i>	<i>293,8</i>	<i>117,4</i>
3. Zusammen	7 287,4	4 455,0
<i>II. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	<i>2 673,8</i>	<i>2 195,8</i>
III. Zusammen	9 961,2	6 650,8
B. Finanzhilfen im Bereich Schienenverkehr	15 305,4	14 850,9
C. Mischfinanzierungen	3 842,1	2 471,3
D. Insgesamt	29 108,7	23 973,0

^aKorrigiert entsprechend den Erläuterungen im Text.

Quelle: Koch und Steinbrück (2003: 49–58); eigene Berechnungen.

Etlliche Finanzhilfen des Bundes wurden entsprechend dem Koch-Steinbrück-Plan gekürzt. Für das Jahr 2006 ergibt sich – gemessen an den Verhältnissen im Jahr 2000 – ein Kürzungsvolumen von 5,14 Mrd. Euro, also ein Betrag, der größer ist als der angestrebte Betrag in Höhe von 3,49 Mrd. Euro. Für das Jahr 2008 resultiert ein Kürzungsvolumen von 5,86 Mrd. Euro (Tabelle 15).

Tabelle 15:

Finanzhilfen – Kürzungspotential gemäß der Koch-Steinbrück-Studie und Ergebnis für 2008 (Mill. Euro)

	Volumen im Jahr 2000 ^a	Volumen im Jahr 2008
A. Finanzhilfen allgemein		
<i>I. Finanzhilfen an den Unternehmenssektor</i>		
<i>1. Sektorspezifische Hilfen</i>		
Landwirtschaft	1 922,5	1 531,9
Bergbau	3 971,5	2 016,1
Schiffbau	125,1	27,0
Verkehr	261,2	350,3
Wohnungswirtschaft	525,5	574,4
Luft- und Raumfahrzeugbau	61,1	84,0
Sonstige Sektoren	126,7	106,0
Zusammen	6 993,6	4 689,7
<i>2. Branchenübergreifende Hilfen</i>	<i>293,8</i>	<i>136,6</i>
<i>3. Zusammen</i>	<i>7 287,4</i>	<i>4 826,3</i>
<i>II. Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	<i>2 673,8</i>	<i>2 357,4</i>
<i>III. Zusammen</i>	<i>9 961,3</i>	<i>7 183,7</i>
B. Finanzhilfen im Bereich Schienenverkehr	15 305,4	14 171,4
C. Mischfinanzierungen	3 842,1	1 895,8
D. Insgesamt	29 108,7	23 250,9

^aKorrigiert entsprechend den Erläuterungen im Text.

Quelle: Koch und Steinbrück (2003: 49–58) ; eigene Berechnungen.

Auch dann, wenn man bei der Überprüfung der Realisierung des Koch-Steinbrück-Plans die in der vorliegenden Arbeit verwendete Gliederung der Finanzhilfen zugrunde legt, zeigt sich, dass beträchtliche Erfolge eingetreten sind. Die direkten Finanzhilfen in der Koch-Steinbrück-Abgrenzung beliefen sich im Jahr 2000 auf 21,2 Mrd. Euro, im Jahr 2006 auf 16,2 Mrd. Euro; im Jahr 2008 dürften sie 16,4 Mrd. Euro betragen (Tabelle A3). Die indirekten Finanzhilfen in der Koch-Steinbrück-Abgrenzung haben von 9,3 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 8,9 Mrd. Euro im Jahr 2006 und 8,2 Mrd. Euro im Jahr 2008 abgenommen (Tabelle A5).

III. Fazit

Der Koch-Steinbrück-Plan vom Herbst 2003 hat die Subventionspolitik der Jahre 2004–2006, auf die er eigentlich abzielte, aber auch die Politik danach stark geprägt. Es wurden beträchtliche Erfolge bei der Reduktion der Steuervergünstigungen und der Finanzhilfen des Bundes erzielt. Der Kürzungsprozess verlief zwar zum Teil anders als vorgeschlagen, das angestrebte Kürzungsvolumen insgesamt wurde aber überschritten. Bei den Steuervergünstigungen wurde es zwar nicht ganz erreicht, bei den Finanzhilfen wurde es aber deutlich übertroffen.

J. Literatur

- BGBI. (Bundesgesetzblatt Teil I)* (lfd. Jgg.).
- Blankart, C.B. (2008). *Öffentliche Finanzen in der Demokratie: Eine Einführung in die Finanzwissenschaft*. 7. Auflage. München.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2009). *Bundshaushaltsplan 2009*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (Hrsg.) (2007). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2005 bis 2008 (21. Subventionsbericht)*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.). *Finanzbericht*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (lfd. Jgg.). *Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr...*. Berlin.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2006a). Subventionen in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme. Kieler Arbeitspapiere 1267. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2006b). Der Kieler Subventionsbericht: Grundlagen, Ergebnisse, Schlussfolgerungen. Kieler Diskussionsbeiträge 423. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2008). Der Kieler Subventionsbericht: eine Aktualisierung. Kieler Diskussionsbeiträge 452/453. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundesanstalt/Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit*. Nürnberg.
- Bundesrat (2008). *Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege*. Drucksache 295/08. Berlin.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutscher Bundestag (2009). Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland. Drucksache 16/11740. Berlin.
- Donges, J.B., und A. Freytag (2004). *Allgemeine Wirtschaftspolitik*. Stuttgart.
- Kieler Nachrichten* (2009). SoFFin-Chef: Lehren aus der Finanzkrise ziehen. 3. November: 5.
- Koch, R., und P. Steinbrück (2003). *Subventionsabbau im Konsens*. Wiesbaden.
- Rosenschon, A. (2007). Finanzhilfen des Bundes – eine Aktualisierung. Kieler Arbeitspapiere 1313. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2005). *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/2006*. Wiesbaden.
- Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (2009). Pressemitteilung. Via Internet (15. Oktober 2009) <<http://www soffin.de/presse.php?sub=5>>.
- Wigger, B.U. (2004). *Grundzüge der Finanzwissenschaft*. Berlin: Springer.

K. Anhang

Table A1:

Direkte Finanzhilfen des Bundes (ohne Grenzfälle) 1998–2009 (1000 Euro)

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
I. Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen												
1) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
0809–68201 Zuschuss an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	149 655	142 959	132 887	109 901	107 354	109 152	98 898	90 988	85 950	79 766	79 792	79 792
1002–66203 Zinsverbilligung, Bundesprogramm „Tiergerechte Haltungsverfahren“	0	0	0	0	0	773	568	645	911	375	0	0
1002–66201 Liquiditätssicherungsprogramm Gartenbau	0	0	0	5 100	5 100	0	0	0	0	0	0	0
1002–68306 Gasölbeihilfe	436 132	432 702	448 396	206 196	100	43	11	0	0	3	0	0
1002–68601 Beteiligung des Bundes an Bundesgartenschauen	0	0	0	0	867	3 639	1 002	1 572	120	67	0	0
1002–68602 Förderung von Wettbewerben und Vergabe von Ehrenpreisen	0	0	0	0	371	332	394	377	279	333	430	430
1002–68603 Internationaler Praktikantenaustausch	0	0	0	0	397	400	385	401	404	415	420	450
1002–68606 Markteinführung „biogener Treib- und Schmierstoffe“	0	0	116	2 835	0	0	0	0	0	0	0	0
1002–68607 Ausgaben für das Modellvorhaben „Projekt im Allgäu“	0	0	597	0	1 114	0	0	0	0	0	0	0
1002–68608 Zuschuss zur Förderung nachwachsender Rohstoffe	10 737	9 452	8 933	9 469	0	0	0	0	0	0	0	0
1002–68609 Zuschuss für das Modell- und Demonstrationsvorhaben	511	384	402	1 418	5 133	12 180	14 051	17 948	6 801	8 960	7 500	6 000
1002–68610 Zuschuss zur Umsiedlung des Hauptbüros des Forest Stewardship Council International nach Bonn	0	0	0	0	0	74	50 000	25	75	50	0	0
1002–68612 Datenbank Futtermittel	0	0	0	0	0	0	0	231	0	0	0	0
1002–68614 Förderung von Innovationen im Bereich Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	623	0	0	0
1002–68619 Förderung des ökologischen Landbaus	0	0	0	0	10 190	15 172	18 036	18 498	15 551	13 606	16 000	16 000
1002–83101 Nachschüsse an die deutsche Bauernsiedlung	0	0	0	0	0	0	0	414	410	439	525	530
1002–89308 Förderung nachwachsender Rohstoffe	13 294	10 310	10 961	11 372	0	0	0	0	0	0	0	0
1002–89309 Modell- und Demonstrationsvorhaben	0	0	0	0	0	1 972	1 661	3 036	0	850	1 000	1 000
1002–89314 Förderung von Innovationen im Bereich Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	400	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1002-89319												
Förderung des ökologischen Landbaus	0	0	0	0	14 928	17 281	1 734	0	0	0	0	0
1002-63652												
Zuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung	314 445	281 211	255 646	255 646	255 646	250 000	216 500	150 000	200 000	200 000	100 000	100 000
1002-63653												
Zuschüsse z. Gewährung einer Rente an Kleinlandwirte bei Landabgabe	106 182	98 955	95 701	90 643	86 302	81 175	75 034	69 061	63 221	57 903	52 000	49 000
1002-Tgr. 5												
Abwicklung alter Verpflichtungen und auslaufende Förderungsmaßnahmen	4 602	3 162	2 825	2 485	2 269	2 019	1 722	1 653	1 369	1 152	46 699	1 271
1002-63655												
Zuschuss an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte	1 093 769	1 083 162	1 015 883	1 196 867	1 226 272	1 202 685	1 150 561	1 112 020	1 101 660	1 147 876	1 190 000	1 235 000
1002-63658												
Zuschüsse zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	235 919	216 788	201 863	182 326	166 626	135 170	88 726	47 470	18 391	5 225	3 000	2 000
1002-Tgr. 03												
Förderung landwirtschaftlicher Forschung	5 998	5 165	5 389	5 075	6 319	6 591	6 046	7 010	7 265	13 805	27 825	29 325
1002-66271												
Zinsverbilligung für Darlehen an die Fischerei	511	313	306	250	239	200	357	218	28	19	100	40
1002-66293												
Zinsverbilligung für Darlehen	937	66	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1002-68372												
Förderung des Fischabsatzes	0	0	311	190	233	229	80	203	110	270	0	0
1002-68378												
Hilfe zur Anpassung der Kapazitäten in der Seefischerei	511	5 244	464	893	2 323	2 041	1 978	2 297	9	0	1 200	2 100
1002-89278												
Strukturmaßnahmen für die Seefischerei	1 534	948	1 537	637	1 005	455	400	441	236	33	800	800
1002-Tgr. 08												
Zuschüsse zur Markteinführung nachwachsender Rohstoffe	0	0	0	18 520	31 131	27 333	25 669	32 290	31 828	36 663	50 000	45 000
1004												
Ausgaben des Haushaltskapitels „Marktordnung“ (abzüglich Verwaltungseinnahmen)	154 410	178 395	197 142	212 420	112 461	80 603	91 497	75 222	45 840	99 762	96 541	95 947
Zusammen	2 529 147	2 469 216	2 379 359	2 312 243	2 036 380	1 949 519	1 845 310	1 632 020	1 581 481	1 667 572	1 673 832	1 664 685
<i>Nachrichtlich:</i>												
Ausgaben gemäß Anlage E zu Kapitel 1004 (Marktordnungsausgaben der EU)	5 714 198	5 868 800	5 938 476	6 243 022	6 166 264	6 453 313	6 152 184	6 255 474	7 707 175	5 152 572	6 055 000	6 055 000
2) Bergbau												
0802-69704												
Bedienung einer Schuldbuchforderung der Saarbergwerke AG	48 061	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0820-Tgr. 01												
Ausgaben für die Gesellschaft zur Verwahrung u. Verwertung stillgelegter Bergwerksbetriebe (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	39 881	4 193	21 781	234 172	16 752	19 351	13 912	14 228	12 350	12 800	14 900	15 000

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0820-Tgr. 03												
Ausgaben für d. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft (Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt)	286 323	327 054	323 073	287 978	309 769	293 237	266 474	222 361	182 086	148 676	154 027	165 463
0902-Tgr. 14												
Ausgaben für die Wismut GmbH Chemnitz	279 165	264 240	248 806	246 272	240 827	228 142	215 577	203 973	197 495	181 500	170 550	154 400
0902-68113												
Beteiligung der EU an den Anpassungsbeihilfen	0	0	0	0	0	0	607	0	0	-48	0	0
0902-68111												
Anpassungsbeihilfen	0	0	0	0	0	17 324	2 123	2 490	962	0	0	0
0902-68312												
Zuschuss zur Verringerung der Belastungen aus dem Wegfall von Revierausgleich etc.	205	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68314												
Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung, zum Absatz an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	3 912 405	3 894 367	3 711 979	3 379 639	2 896 217	2 558 718	2 101 943	1 645 168	1 561 883	1 771 577	1 900 000	1 465 000
0902-68315												
Abwicklung des Sondervermögens „Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes“	92	721	406	39 776	3 200	373	10	0	0	0	0	0
0902-69715												
Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	206 623	207 142	98 685	166 992	0	0	0	-124	0	0	0	0
0902-69812												
Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus	155 892	134 979	119 107	118 618	119 649	118 625	119 620	122 895	129 711	130 762	116 066	129 772
0902-69713												
Erstattung der Erblasten des Steinkohlenbergbaus	30 305	1 450	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-69714												
Bedienung einer Schuldbuchforderung der Ruhrkohle AG	10 285	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1102-Tgr. 02												
Soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie	102 688	69 485	41 350	23 878	19 766	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	5 071 925	4 903 631	4 565 187	4 497 325	3 606 180	3 235 770	2 720 266	2 210 991	2 084 487	2 245 267	2 355 543	1 929 635
<i>Nachrichtlich:</i>												
3205-57533												
Zinsen für den Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes	.	100 725
0902-62961												
Zinsen für den Ausgleichsfonds	74 128
3) Schiffbau												
0902-66274												
Zinszuschüsse zur Finanzierung von Aufträgen an die deutschen Schiffswerften	106 445	96 548	77 909	60 506	46 576	35 127	26 152	18 530	12 581	8 127	5 113	2 393
0902-66275												
Zinszuschüsse für Kredite auf CIRR-Basis	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	985	1 585

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0902-68313												
Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 500	1 750
0902-68374												
Wettbewerbshilfen für deutsche Werften	36 182	37 117	47 238	71 412	50 798	40 935	32 073	29 446	22 402	11 100	11 894	0
0902-89210												
Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie	0	0	0	0	0	0	0	3 552	9 514	10 899	10 000	10 500
Zusammen	142 627	133 665	125 147	131 918	97 374	76 062	58 225	51 528	44 497	30 126	29 492	16 228
4) Verkehr												
1502-68241												
Erstattung von Fahrgeldausfällen	203 494	203 376	197 747	213 251	203 638	248 460	194 404	205 745	0	0	0	0
1102-68261												
Erstattung von Fahrgeldausfällen	0	0	0	0	0	0	0	0	217 516	187 024	213 000	207 000
1202-68205												
Zahlung an die Osthannoversche Eisenbahnen AG Celle	511	432	383	256	179	306	0	1 462	0	0	0	0
1202-68301												
Finanzbeitrag an die Seeschifffahrt	20 448	2 555	1 656	4 090	41 134	30 926	44 933	51 839	56 701	57 001	57 200	57 200
1202-68303												
Ausbildungsförderung in der Binnenschifffahrt	0	148	501	854	1 189	1 102	1 531	1 489	1 581	1 601	2 368	2 543
1202-68305												
Förderung von umweltfreundlichen Motoren für Binnenschiffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	24	3 000	2 500
1202-69702												
Abwrackprämien	12 568	10 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1202-69703												
Umstrukturierungshilfe für die Binnenschifffahrt	3 990	3 500	2 100	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1202-68304												
Aufbau und Einführung eines deutschlandweiten interoperablen Fahrgeldmanagements („e-ticking“)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	79	2 150	3 000
1202-68308												
Modernisierung der deutschen Binnenschiffsflotte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000
1202-68401												
Beihilfen für Schiffsjungenheime und Schifferkinderheime der Binnenschifffahrt	0	0	0	0	0	0	51	50	51	51	51	51
1202-68452												
Förderung von Beschäftigung, Qualifizierung, Umwelt und Sicherheit in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	304 500
1202-68453												
Aus- und Weiterbildungsprogramm in Unternehmen des mautpflichtigen Güterverkehrs	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	85 000
1202-53232												
Gutachten und Untersuchungen zur Magnetschwebebahntechnik	168	67	21	1 218	2 059	2 712	3 299	2 495	2 563	3 880	4 200	2 000
1202-68531												
Bundesanteil an den Kosten der Planungsgesellschaft Transrapid	15 302	6 125	984	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1202-68533 Bundesanteil für den Betrieb des Transrapid Versuchs- anlage Emsland	0	0	2 684	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1202-68632 Zuwendungen für den Betrieb der Transrapid Versuchsanlage Emsland	0	0	948	6 163	10 143	10 352	10 226	8 740	8 000	7 943	10 000	6 000
1202-68633 Zahlungen an die Magnet- schnellbahn-Fahrwegge- sellschaft mbH oder Rechts- nachfolger	0	0	0	1 465	155	0	0	0	0	0	0	0
1202-68634 Bundesanteil für Studien zur Auswahl von Anwendungs- strecken	0	0	716	3 484	498	0	0	0	0	0	0	0
1202-68604 Umsetzung der deutsch- chinesischen Regierungs- vereinbarung zur Zusam- menarbeit bei alternativen Kraftstoffen und Antrieben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	669	300
1202-71832 Anwendungsnahe Weiter- entwicklung der Magnet- schwebbahntechnik	0	0	0	0	8 885	21 635	14 590	43 247	60 640	16 297	0	1 000
1202-68341 An priv. U. zur Förderung neuer Verkehre im kombi- nierten Verkehr	0	0	0	0	0	0	0	1 200	3 527	8 211	15 000	4 574
1202-89241 Baukostenzuschüsse an private Unternehmen des kombinierten Verkehrs	854	18 073	36 808	44 526	53 069	45 111	57 838	54 104	73 388	45 809	52 024	114 000
1202-89242 An priv. U. zur Errichtung, Ausbau und Reaktivierung von Gleisanschlüssen	0	0	0	0	0	0	0	3 424	8 569	3 675	32 000	32 000
1202-66251 Zinszuschüsse für Anschaf- fung besonders emissions- armer LKW (ERP-Programm der KfW)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7	9 000	1 100
1202-68451 Zinszuschüsse für Anschaf- fung besonders emissions- armer LKW (ERP-Programm der KfW)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 157	27 500	66 000
1202-89151 Zuweisung für Investitionen in die Schienenwege für Eisenbahnen des Bundes	0	0	0	0	0	0	246 724	450 342	682 505	954 402	984 372	1 120 299
1217 Luftfahrt, Defizit (o. Dar- lehen)	47 550	48 817	52 602	39 648	88 773	42 656	0	0	0	67 200	69 638	90 448
1217-89191 Innovations- und Investitions- programm im Schienenver- kehr	0	0	0	170 000
1218-89101 Investitionszuschüsse für Vorhaben des ÖPNV über 50 Mill. Euro an die Deutsche Bahn AG	119 642	97 614	98 842	101 485	133 611	130 768	117 640	48 169	63 462	64 619	132 740	123 980
1222-63401 Erstattung von Verwaltungs- ausgaben des Bun- deseisenbahnvermögens	4 927 831	5 701 935	5 740 478	3 456 794	5 861 700	5 795 945	5 537 435	5 472 100	5 360 790	5 262 910	5 028 290	5 436 330
1222-63402 Risikoausgleichsleistungen an die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	26 010	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1222-63403 Personalkostenzuschuss an die DB AG aufgrund des technischen Rückstandes der früheren Deutschen Reichsbahn	1 188 754	1 000 871	757 639	515 919	263 880	0	0	0	0	0	0	0
1222-68204 Abgeltung übermäßiger Belastungen der DB aus dem Betrieb und der Erhaltung höhengleicher Kreuzungen mit Straßen aller Baulastträger	43 971	87 942	73 959	87 942	89 987	89 980	83 330	76 762	75 450	78 405	76 600	79 050
1222-68206 Zuschuss für die Beseitigung ökologischer Altlasten und zum erhöhten Materialaufwand im Bereich der früheren Deutschen Reichsbahn	751 599	608 437	465 276	322 114	178 952	0	0	0	0	0	0	0
1222-68404 Erstattung des Bundes wegen Personalüberhang	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	69 661
1222-74501 Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	13 716	16 108	13 598	10 318	12 305	12 780	12 780
1222-86101 Investitionsdarlehen für Schienenwege (Umwandlungsklausel in Zuschuss)	235 706	560 903	608 871	335 699	309 829	344 065	253 093	94 500	97 725	88 000	30 000	10 000
1222-89101 Investitionszuschuss für Schienenwege	1 587 561	1 936 045	1 984 487	1 944 432	2 132 520	3 336 206	2 432 305	2 508 158	2 156 333	2 287 561	2 193 782	37 288
1222-89102 Hilfe zur Nachholung von Investitionen im Bereich d. ehemaligen Deutschen Reichsbahn	852 835	892 076	735 156	991 973	780 417	0	71 690	0	0	0	0	0
1222-89103 Zuschuss von der EU für Investitionen in Transeuropäische Verkehrsnetze	0	5 554	11 331	34 850	57 230	110 697	0	109 616	40 044	68 031	0	0
1222-89104 Baukostenzuschüsse des EFRE	0	0	0	0	27 809	100 513	84 576	36 060	150 941	183 617	0	0
1222-89105 Zuschuss zur Lärmsanierung an Schienenwegen	51 640	694	7 158	19 421	41 150	56 130	52 244	50 980	39 800	52 959	100 000	100 000
1222-89108 Baukostenzuschuss zur Schienenverkehrsanbindung des Flughafens Berlin-Brandenburg Inter-national (BBI)	0	0	0	0	0	0	699	0	0	0	0	0
1222-89109 Seehafenhinterlandverkehr zur Beseitigung von Engpässen im Güterverkehr	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	25 000	50 000
1222-89197 Baukostenzuschuss für d. Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes	0	0	0	522 579	930 051	398 094	267 878	114 000	0	0	0	0
1222-89198 Baukostenzuschuss für d. Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes (2-Mrd.-€-Programm)	0	0	0	0	0	0	0	0	165 000	250 000	280 000	0
1222-Tgr. 1 Infrastrukturbeitrag des Bundes für die Erhaltung der Schienenwege des Bundes	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 505 000

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1226-89281												
Zuschuss an d. DBAG für die S-Bahn-Linie in Berlin	31 189	24 123	18 274	21 194	16 381	7 861	16 100	7 784	5 008	56	0	0
3006-68340												
Forschung und Entwicklung, Mobilität und Verkehr	34 643	31 470	33 936	34 466	37 512	31 173	43 163	43 030	0	0	0	0
3006-89240												
Bodengebundener Transport u. Verkehr, Investitionszuschüsse	33 403	43 916	15 881	16 456	19 721	19 926	0	0	0	0	0	0
3006-68341												
Forschung und Entwicklung in der Meerestechnik und Schifffahrt	15 427	10 912	13 103	17 101	14 936	0	15 062	10 511	0	0	0	0
0902-68311												
Mobilität und Verkehr	0	0	0	0	0	0	0	0	0	38 291	52 000	53 000
0902-68312												
Forschung und Entwicklung in der Meerestechnik und Schifffahrt	0	0	0	0	0	0	0	0	12 591	17 267	23 471	25 771
0902-68330												
Forschung und Entwicklung, Mobilität u. Verkehr	0	0	0	0	0	0	0	0	34 833	0	0	0
Zusammen	10 179 086	11 295 585	10 861 541	8 737 380	11 305 408	10 838 334	9 564 919	9 409 405	9 327 336	9 761 382	9 462 345	10 774 366
<i>Nachrichtlich:</i>												
3205-57532												
Zinsendiensthilfen für Schulden des Bundeseisenbahnvermögens	2 567 708	2 573 179
5) Wohnungsvermietung												
1225-Tgr. 04												
Zuschüsse für Forschung zum experimentellen Städtebau	0	3 827	5 590	0	0	0	0	0	124	0	1 525	0
1225-66101												
Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnungsbauprogramms der KfW	69 024	63 911	76 949	5 369	10 500	0	0	0	0	0	0	0
1225-66102												
Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms der KfW für die neuen Länder	547 082	663 874	690 244	715 809	613 550	511 292	480 614	460 163	434 598	255 646	153 388	76 693
1225-66103												
CO ₂ -Minderungsmaßnahmen im Wohnbestand der alten Länder	8 181	6 902	8 436	6 647	7 669	6 500	6 254	5 500	3 250	0	0	0
1225-66104												
Zinszuschüsse für Wohnraum-Modernisierungsprogramm der KfW	0	0	0	2 812	6 250	11 589	17 875	17 755	18 637	18 000	15 000	14 000
1225-66105												
Zuschüsse im Rahmen des Programms „Niedrigenergiehaus im Bestand“	0	0	0	0	0	1 999	1 000	2 250	33 400	75 500	70 500	67 000
1225-66106												
KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm 2003	0	0	0	0	0	1 453	12 727	46 774	67 550	93 500	0	0
1225-66107												
Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungsprogramm zur CO ₂ -Minderung	0	0	0	0	0	0	0	0	7 455	61 865	151 000	240 000
1225-66108												
Für Programm „Seniengerechtes Wohnen“	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000
1225-66109												
Investitionsoffensive strukturschwache Kommunen (Energieeinsparung etc.)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	22 500

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1225-66123 Sozialer Wohnungsbau, öffentliche Wohnungsbau- unternehmen	1 534	1 097	5 720	70	33	22	0	0	0	0	0	0
1225-66197 Zinszuschüsse an KfW für Gebäudesanierungspro- gramm zur CO ₂ -Minderung	0	0	0	204 517	204 331	204 227	204 828	204 531	0	0	0	0
1225-68601 Aufwendungen für Wettbe- werbe u. A. im Wohnungs- und Städtebau	0	0	0	780	1 167	249	161	159	202	289	220	220
1225-68603 EU- Gemeinschaftsinitiative INTERREG (Raument- wicklung)	0	0	0	55	166	196	256	151	224	194	244	244
1225-68604 Initiative Architektur und Baukultur	0	0	0	0	140	507	388	187	74	179	0	0
1225-68605 Nationale Kofinanzierung von INTERREG	0	0	0	0	0	498	2 449	1 152	773	430	1 000	1 000
1225-68606 Initiative kostengünstig qualitätsbewusst bauen	0	0	0	0	0	0	240	439	394	250	500	250
1225-68607 Modellvorhaben zur Ver- netzung von Wissenschaft und Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	470	6 000	4 200
1225-68608 Investorenwerbung für die neuen Länder	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 210	5 000	6 000
1225-68609 Nationale Kofinanzierung ESF-Programm Soziale Stadt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4 000	8 000
1225-68681 Zuwendungen für Antrags- forschung im Baubereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6 665
1225-62223 Aufwendungszuschüsse in den alten Ländern – Ab- wicklung	0	0	0	0	564	359	0	0	5	0	0	0
1225-89101 An KfW für Gebäudesan- ierungsprogramm zur CO ₂ - Minderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	520	180 000	170 000
1225-89301 Prämien nach dem Woh- nungsbau-Prämien gesetz	323 648	423 229	450 625	486 336	482 432	612 243	567 757	492 736	500 321	453 306	442 000	446 000
1225-89351 Pilotprojekte Stadtentwick- lungspolitik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 500	1 950
0807-69801 Kostenbeteiligung für Schad- stoffbeseitigung in ehemals bundeseigenen Wohnungen	0	1 966	8 922	11 957	11 990	1 187	0	0	0	0	0	0
0807-71839 Förderung der Energie- einsparung/ Modernisierung in Wohngebäuden des Bundes	41 415	21 250	14 652	9 859	9 536	4 802	6 702	33	0	0	1 000	0
3006-68302 Zuweisung Forschung, Bauen, Wohnen	3 579	702	3 988	8 695	10 666	0	9 293	5 155	3 314	1 736	0	0
1225-Tgr. 03 Wohnungsfürsorge für An- gehörige der Bundeswehr und Bundesverwaltung, ohne Darlehen	13 535	3 130	6 812	6 622	2 773	434	399	677	1 280	2 194	1 885	1 885

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1225-67102												
Vergütungen an die KfW für die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes bei der Durchführung des Altschuldenhilfegesetzes 1226-Tgr.	12 000	14 525	14 500	12 915	6 882	3 081	2 894	1 592	1 107	1 107	1 250	1 250
06Wohnungsfürsorge in Berlin u. Bonn (Verlagerung von Parlaments- und Regierungsfunktionen), ohne Darlehen 1227-Tgr. 02	34 308	43 292	30 275	8 843	5 711	7 042	8 094	6 208	6 351	5 983	4 200	4 350
Experimenteller Wohnungs- und Städtebau 1227-Tgr. 03	0	0	0	3 379	3 862	3 921	5 291	6 232	13 054	15 948	9 556	0
Forschung auf den Gebieten der Raumordnung, des Städtebaus sowie des Bau- und Wohnungswesens	0	0	0	3 773	3 239	3 419	3 245	3 221	4 715	8 710	13 108	0
Zusammen	1 054 306	1 247 705	1 316 713	1 488 438	1 381 461	1 375 020	1 330 467	1 254 915	1 096 828	1 000 037	1 062 876	1 074 207
6) Luft- und Raumfahrt-zeugbau												
0902-66291												
Finanzierungshilfen für den Absatz von zivilen Flugzeugen incl. Triebwerken 0902-66292	0	0	14 314	46 391	41 442	950	710	800	4 500	16 000	30 000	35 000
Absicherung des Ausfallrisikos im Zusammenhang mit Darlehen zur Finanzierung von Entwicklungskosten 0902-68394	0	0	0	0	0	0	0	0	0	146	0	7 500
Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie 0902-89294	12 624	51 881	46 754	38 081	26 514	27 771	35 822	38 034	50 332	47 864	54 000	54 000
Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrtindustrie 3008-Tgr. 33	0	0	0	0	0	0	0	0	0	15 014	26 000	36 000
Förderung der Luftfahrtforschung und -technologie	63 005	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	75 629	51 881	61 068	84 472	67 956	28 721	36 532	38 834	54 832	79 024	110 000	132 500
7) Sonstige Sektoren												
0820-Tgr. 02												
Energiewerke Nord GmbH 0902-68201	175 534	145 190	142 146	135 032	132 434	128 590	125 687	121 060	112 000	109 900	111 000	107 700
Finanzierungsbeiträge an die EXPO 2000 Hannover 0902-68286	0	0	230 081	76 694	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuschuss an das IIC (Industrial Investment Council – The New Länder GmbH) 0902-68501	0	0	0	0	0	0	0	2 386	2 386	0	0	0
Bundesanteil an den Kosten des deutschen Pavillons auf der EXPO 2000 0902-68651	0	25 156	45 955	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zuschuss an den Rat für Formgebung 0902-67101	0	244	256	256	250	180	208	169	158	166	0	0
Maßnahmen zur Sicherung der Mineralölversorgung 0902-68405	9 544	9 970	10 226	10 226	10 000	10 250	10 110	3 568	110	73	0	0
Ausgaben für die Kommission Sicherheitstechnik, Normausschüsse bei DIN u.a. Ausschüsse	0	0	0	0	0	638	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0902-68406												
Zahlung an die Kommission Arbeitsschutz und Normung in der EU	0	0	0	0	0	778	781	795	0	0	0	0
0902-68407												
Zahlung an die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“	0	0	0	0	0	1 800	2 000	2 617	0	0	0	0
0902-68665												
Zahlung an die Institute für Rationalisierungsförderung und Mittelstandsforschung	9 715	9 350	7 627	7 681	7 305	7 131	7 082	6 200	6 231	6 296	6 600	6 996
0902-68657												
Förderung des Normenwesens und der Gütekennzeichnung	5 113	0	2 864	2 959	3 163	2 813	3 487	3 388	4 028	4 820	0	0
0902-68662												
Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk	36 813	41 260	40 896	41 548	41 179	38 567	36 476	36 680	39 965	45 216	43 000	44 000
0902-68563												
Förderung der Leistungssteigerung im Handel	6 136	6 179	4 735	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-Tgr. 7												
Zahlung an Verbraucherschutzinstitutionen	16 361	15 386	15 103	13 922	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68612												
Förderung der Leistungssteigerung im Tourismus	2 556	2 310	2 702	1 724	1 891	2 106	1 657	1 450	1 555	977	1 500	1 500
0902-68613												
Aufwendungen für die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V.	18 918	20 763	20 452	21 439	22 459	23 184	23 410	24 467	24 964	24 974	25 474	26 353
0910-68201												
Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	0	0	0	0	0	0	562	562	562	562
0910-89101												
Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz (PTSG)	0	0	0	0	0	0	0	0	128	128	128	128
1002-68604												
Förderung von Informationsveranstaltungen und Tagungen (Landwirtschaft)	1 534	1 362	1 199	1 184	1 114	1 083	1 027	1 010	894	996	1 100	1 100
1002-68421												
Zuschüsse an die Vertretung der Verbraucher	0	0	0	0	9 744	8 466	8 766	8 766	8 756	8 700	8 700	8 700
1002-68422												
Zuschuss an die Stiftung Warentest	0	0	0	0	5 880	6 500	6 500	6 500	6 500	6 000	6 000	6 000
1002-68522												
Zahlung an die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.	0	0	0	0	2 198	2 100	1 856	2 020	2 056	2 182	2 245	2 623
1002-68424												
Aufklärung der Verbraucher	0	0	0	4 040	12 890	13 510	10 980	10 584	10 623	10 043	17 000	17 000
1002-Tgr. 02												
Förderung von Messen, Ausstellungen; landwirtschaftliche Verbraucherberatung	6 647	7 816	7 059	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3002-89320												
Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten	64 423	59 418	62 678	44 527	36 854	32 979	29 887	29 209	29 000	29 000	29 000	44 000

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
3002-Tgr. 30												
Bundesinstitut für Berufsbildung	24 031	25 612	28 525	27 531	30 635	35 077	26 394	27 088	27 366	25 877	28 283	28 847
3208-87001												
Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Garantien, Gewährleistungen	1 851 388	1 362 774	2 346 085	1 470 406	1 208 045	1 227 718	1 096 001	1 355 177	794 371	691 140	1 050 000	900 000
Zusammen	2 228 713	1 732 790	2 968 589	1 859 169	1 526 041	1 543 470	1 392 309	1 643 134	1 071 653	967 050	1 330 592	1 195 509
8) Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen insgesamt	21 281 433	21 834 473	22 277 604	19 110 945	20 020 800	19 046 896	16 948 028	16 240 827	15 261 114	15 750 458	16 024 680	16 787 130
II. Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen												
1) Regional- und Strukturpolitik												
3002-68397												
Förderung innovativer regionaler Wachstumskerne in den neuen Ländern (Zukunftsinvestitionsprogramm)	0	0	0	28 846	15 903	16 260	0	0	0	0	0	0
3004-68510												
Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern	0	2 556	8 755	15 711	29 767	41 753	65 623	74 451	76 705	85 377	92 000	122 000
Zusammen	0	2 556	8 755	44 557	45 670	58 013	65 623	74 451	76 705	85 377	92 000	122 000
2) Umweltpolitik und rationelle Energieverwendung												
1102-68408												
Maßnahmen der europäischen Allianz für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	250	1 200
1602-89201												
Zuweisung für Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen	17 384	13 144	16 511	18 733	9 704	6 929	12 755	10 692	7 233	6 838	10 351	25 351
1602-68301												
Zuschüsse zur Förderung der Aufarbeitung von Altöl zu Basisöl	0	0	0	714	681	654	1 206	782	642	363	0	0
1602-89604												
Verminderung grenzüberschreitender Umweltbelastung	7 158	2 472	4 309	1 081	1 443	401	1 448	2 288	46	295	2 640	2 640
1602-68624												
Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien	9 939	17 605	48 433	136 423	116 727	102 485	124 728	131 238	165 360	147 054	168 833	465 533
1602-68697												
F.u.E. umweltschonender Energieformen im Bereich der nichtnuklearen Energieforschung (0902-68697)	0	0	0	0	0	30 255	10 190	18 140	0	0	0	0
1602-89221												
Investitionszuschüsse: erneuerbare Energien (0902-89221)	0	0	0	0	0	15 600	19 000	39 591	43 483	41 702	40 000	46 000
1602-89222												
Förderung von Photovoltaikanlagen durch ein „100000 Dächer-Solarstrom-Programm“ (0902-89230)	0	0	2 131	13 031	16 689	22 813	27 232	24 336	20 879	17 199	24 500	24 500
1602-68321												
Forschungs- und Entwicklungsvorhaben: Erneuerbare Energien, Teilbereich: „250 Megawattwind“, Ansatz im Subventionsbericht	73 565	68 374	57 748	65 699	56 800	22 094	21 052	28 084	37 716	39 623	53 366	64 366

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0902-68321 F.u.E.: rationelle Energie- verwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	0	68 374	69 648	65 700	56 800	29 943	34 700	41 994	38 337	46 698	61 012	70 012
0902-68697 F.u.E. zur rationellen Energieumwandlung und -verwendung	0	0	0	9 596	38 271	18 720	13 287	0	0	0	0	0
0902-89221 Investitionszuschüsse: Rationelle Energiever- wendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	0	39 323	46 900	41 670	32 000	17 295	19 970	19 816	27 800	34 745	39 000	45 000
0902-68631 Förderung der Beratung privater Verbraucher und KMU über Möglichkeiten der Energieeinsparung	3 587	4 070	4 751	4 805	0	8 474	9 007	8 090	10 121	7 354	14 500	31 500
0902-68635 Unterstützung des Exports von Technologien im Bereich erneuerbarer Energien	0	0	0	0	0	2 869	11 323	9 004	8 779	11 350	15 500	15 500
3004-68542 F.u.E. umweltgerechte nachhaltige Entwicklung	0	0	0	0	137 020	118 871	118 951	120 546	130 634	131 314	125 900	128 900
3007-68350 Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, F.u.E.	0	108 364	131 929	143 645	0	0	0	0	0	0	0	0
3007-89250 Umweltgerechte nachhaltige Entwicklung, Investitionen	0	34 916	28 062	48 216	0	0	0	0	0	0	0	0
3007-Tgr. 31 Ausgaben für erneuerbare Energien, rationelle Energie- verwendung, Umwandlungs- und Verbrennungstechnik	97 325	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	208 958	356 642	410 422	549 313	466 135	397 403	424 849	454 601	491 030	484 535	555 852	920 502
3) Beschäftigungspolitik												
0902-68569 Förderung der beruflichen Fortbildung im Handwerk und in anderen Bereichen	1 534	920	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68671 Verwendung von Zuschüs- sen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	0	0	0	0	0	419 973	550 802	450 014	0	0	0	0
0912-68106 Arbeitnehmerhilfe	2 556	2 281	2 123	2 063	2 352	2 281	2 264	30	0	0	0	0
0912-68501 Sonderprogramm des Bundes zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qua- lifizierung	0	0	0	0	0	38 937	152 475	696	0	0	0	0
0912-68601 Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeits- marktpolitik	51 129	38 058	23 936	9 080	2 609	0	0	0	0	0	0	0
0912-68651 Förderung der Erprobung und Entwicklung innovativer Maßnahmen zur Bekämp- fung der Arbeitslosigkeit	0	0	993	12 268	24 755	28 689	15 712	8 703	0	0	0	0
0912-68603 Vermittlungszuschüsse	1 023	2 961	2 608	4 442	4 162	1 817	452	169	0	0	0	0
0912-68401 Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	0	0	0	0	0	2 733	3 556	5 017	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0912-68604												
Kofinanzierung der Gemeinschaftsinitiative EQUAL	0	0	0	665	918	0	0	0	0	0	0	0
0912-Tgr. 04												
Erstattung der Kosten für Strukturanpassungsmaßnahmen	858 970	653 005	416 547	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0912-68511												
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	0	0	0	0	0	0	1 717 356	0	0	0	0
0912-68561												
Sonderprogramm des Bundes – Arbeit für Langzeitarbeitslose	0	0	0	0	0	38 081	417 118	9 268	0	0	0	0
1102-68651												
Verwendung von Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds zu laufenden Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	408 510	159 198	0	0
1102-68653												
Kofinanzierung der ESF-Bundesprogramme	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	70 000	70 000
1112-68121												
Bundesprogramm Kommunalkombi	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	143 000	0
1112-68301												
Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser	452 493	326 206	313 947	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1112-68302												
Förderung von ABM	0	0	0	0	11 019	0	0	0	0	0	0	0
1112-68401												
Förderung der beruflichen Integration und Beratung von Zuwanderern	0	0	0	0	0	0	0	0	6 712	6 721	9 000	8 000
1112-68602												
Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	0	0	0	0	0	0	0	69 535	71 815	0	0
1112-68511												
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	0	0	0	0	0	0	0	0	2 366 348	2 374 473	2 646 520	2 801 000
1112-68612												
Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer	0	0	0	0	0	0	0	0	153 796	164 436	99 000	0
1112-68651												
Förderung der Erprobung innovativer Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	2 448	0	0	0
1112-89302												
Ausgaben für Maßnahmen nach § 242s AFG	0	0	0	0	380	0	0	0	0	0	0	0
1112-89310												
Sachkostenzuschüsse für Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	0	184 599	16 766	0	8 297	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	1 367 705	1 208 030	776 920	28 518	54 492	532 511	1 142 379	2 191 253	3 007 349	2 776 643	2 967 520	2 879 000
4) Förderung von Qualifikation												
0902-89361												
Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft und des sonstigen Dienstleistungsbereichs	49 084	45 871	35 339	27 404	23 468	24 121	22 518	23 941	22 812	23 942	28 100	28 000
3002-68111												
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	12 782	13 241	13 514	14 481	14 542	13 734	13 684	14 578	14 911	16 067	18 700	25 000

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
3002-68121 Förderung des internationalen Austauschs und der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	5 313	6 319	6 078	7 235	6 816	7 055	5 238	3 973	4 651	4 684	5 200	7 200
3002-68120 Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	0	0	0	0	68 959	86 333	82 138	122 696	121 801	119 831	122 330	150 940
3002-68601 Sonderprogramm Lehrstellenentwickler und Regionalverbände Berufsbildung in den neuen Ländern	0	9 858	10 318	10 754	10 928	10 161	0	0	0	0	0	0
3002-68505 Fördermaßnahmen berufliche Weiterbildung	11 760	9 787	11 638	15 975	15 131	15 474	0	0	0	0	0	0
3002-68520 Innovationen und Strukturentwicklungen in der beruflichen Bildung	0	0	0	0	0	0	44 866	48 301	44 428	37 465	56 184	54 184
3002-68502 Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	99 702	94 722	103 220	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3002-68503 Beteiligung des Europäischen Sozialfonds am Ausbildungsplätzeprogramm	4 602	5 446	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3002-68542 Weiterbildung und lebenslanges Lernen	0	0	0	0	0	0	52 071	43 676	35 573	34 984	35 402	37 219
3002-68506 Sonderprogramm für betriebliche Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	10 737	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3002-68521 Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 000	7 500
Zusammen	193 980	185 244	180 107	75 849	139 844	156 878	220 515	257 165	244 176	236 973	266 916	310 043
5) Förderung von Innovationen etc.												
3002-68316 Information und Kommunikation – Anwendungen	45 842	42 046	43 460	40 290	37 079	32 828	35 293	0	0	0	0	0
Zusammen	45 842	42 046	43 460	40 290	37 079	32 828	35 293	0	0	0	0	0
6) Mittelstandsförderung												
6003-62501 Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen für die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen	112 484	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68550 Förderung der Informationsgesellschaft	7 920	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68552 F. u. E. und Innovation, Sonderprogramm für die neuen Länder	234 070	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-66201 Abwicklung von Altprogrammen	0	0	0	0	0	0	0	398 772	349 075	312 120	270 000	210 000
0902-68350 Beteiligung am Innovationsrisiko von Technologieunternehmen (ab 2005 in 66201 enthalten)	27 098	43 027	49 444	184 012	191 360	184 000	140 399	0	0	0	0	0
0902-68373 Innovative Dienstleistungen durch Multimedia	0	10 842	20 030	26 847	32 261	29 883	28 336	26 630	29 204	32 360	31 000	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0902-68352 Indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und von Unternehmens- gründungen	139 148	145 443	125 298	142 067	141 821	136 634	137 135	126 196	140 550	180 559	246 000	323 400
0902-68354 Förderung von innovativen Netzwerken	0	201	1 714	5 854	7 365	12 435	15 956	17 750	20 000	22 634	0	0
0902-68355 Ausbau der Informations- gesellschaft Internet für Alle	0	0	0	0	213	0	0	0	0	0	0	0
0902-68356 Unterstützung des neuen Förderwettbewerbs „Netz- werkmanagement Ost“	0	0	0	0	1 382	5 400	5 100	6 200	6 500	7 500	0	0
0902-68359 Verbesserung der Material- effizienz	0	0	0	0	0	0	0	249	910	2 501	16 020	18 350
0902-68650 Innovative Unternehmens- gründungen	0	0	0	0	0	0	0	5 000	15 000	23 000	54 300	66 500
0902-68652 Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung und -entwicklung	97 300	85 404	87 938	89 226	90 089	90 003	90 512	101 038	107 331	112 356	119 100	194 000
0902-68676 Informationstechnik-Anwen- dungen in der Wirtschaft, Akzeptanz und Rahmen- bedingungen der Informa- tionswirtschaft	7 925	10 295	8 428	11 827	11 635	11 741	10 824	12 879	13 793	16 722	18 200	20 000
0902-68654 F.u.E. in den neuen Bundesländern, ab 2004: Förderung innovativer Wachstumsträger, Ansatz nach Subventionsbericht	137 380	134 400	122 741	121 160	100 854	94 680	84 708	93 479	86 486	88 588	107 600	0
0902-68656 IT-Sicherheit bei IT-Anwen- dungen in Unternehmen	0	0	0	0	0	1 250	1 111	0	0	0	0	0
0902-68658 Leistungssteigerung der technisch-ökonomischen Infrastruktur zu Gunsten der deutschen Wirtschaft, insbesondere KMU	0	0	0	1 959	3 426	3 356	2 537	1 017	385	0	0	0
0902-66261 Zinszuschüsse und Erstat- tungen von Darlehensaus- fällen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Förderung selbständiger Existenzen	540 947	462 719	293 992	102 258	102 258	148 347	153 388	0	0	0	0	0
0902-66262 Hilfsfonds für Handwerker und Kleinunternehmer	0	0	0	2 556	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-66266 Zinszuschüsse des ERP- Innovationsprogramms zur Förderung des Mittelstandes	0	0	0	0	0	0	0	34 600	3 650	9 710	15 890	40 680
0902-68161 Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (KMU)	28 121	30 145	35 170	44 494	35 619	44 046	44 174	0	0	0	0	0
0902-68660 Existenzgründungsberatung sowie allgemeine Beratung sowie Information und Schulung	6 285	7 115	6 074	30 610	30 872	32 496	36 439	32 933	32 476	30 974	31 330	31 000
0902-68661 Förderung der Leistungs- steigerung in KMU und freien Berufen	24 031	20 995	20 124	4 773	4 603	4 555	3 442	3 370	3 484	3 592	3 978	4 066

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0902-68666 Förderung der Innovationsfähigkeit der KMU und des Technologietransfers	0	5 429	7 891	9 780	9 652	7 242	6 034	5 496	6 896	7 359	0	0
0902-68567 „Förderung der beruflichen Qualifikation des Mittelstandes in den neuen Ländern	1 534	1 685	989	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0902-68667 Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher	0	0	0	0	0	0	2 135	40 272	0	0	0	0
0902-68668 Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen durch Kammern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 418	1 470	1 470
0902-69801 Soforthilfe zugunsten KMU-Ersatz für nicht versicherten Verlust von Wirtschaftsgütern	0	0	0	0	97 200	0	0	0	0	0	0	0
0302-68505 Subventionsäquivalent aus: „Strukturelle Innovation in Bildung und Forschung“ - KMU-Patentaktion	0	0	0	0	0	1 500	1 300	1 600	0	0	0	0
Zusammen	1 364 243	957 700	779 833	777 423	860 610	807 568	763 530	907 481	815 740	851 393	914 888	909 466
7) Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen												
0902-68682 Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte	9 715	8 998	9 254	9 400	8 616	8 300	6 024	2 250	1 714	1 714	2 500	0
0902-53280 Für Teilnahme junger Unternehmen auf internationalen Leitmesse in Deutschland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	785	2 500	3 000
0902-53281 Bundesbeteiligung an Auslandsmessens und -ausstellungen der gewerblichen Wirtschaft	40 392	36 032	33 643	35 776	33 498	30 078	32 977	34 394	35 977	35 935	37 000	38 000
0902-53282 Bundesbeteiligungen an Weltausstellungen im Ausland	0	0	0	0	0	100	6 650	5 750	563	4 160	9 000	13 000
0902-68383 Vorbereitende Maßnahmen für Auslandsprojekte	0	0	0	0	0	0	1 122	1 072	894	899	1 000	1 000
0902-68664 Deutsch-Französisches Innovationsprojekt QUAERO	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 000	0	0
0902-68683 Darstellung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Ausland	0	0	0	0	0	0	0	7 410	7 372	0	0	0
Zusammen	50 107	45 030	42 897	45 176	42 114	38 478	46 773	50 876	46 520	48 493	52 000	55 000
8) Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten der Unternehmen insgesamt	3 230 835	2 797 248	2 242 394	1 561 126	1 645 944	2 023 679	2 698 962	3 935 827	4 681 520	4 483 414	4 849 176	5 196 011
III. Finanzhilfen an Unternehmen (I + II)	24 512 268	24 631 721	24 519 998	20 672 071	21 666 744	21 070 575	19 646 990	20 176 654	19 942 634	20 233 872	20 873 856	21 983 141

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
IV. Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister												
1) Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, gesetzliche Krankenversicherung												
1102-Tgr. 01												
Berufliche und medizinische Rehabilitation	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 364	2 100	1 950
1502-89351												
Einrichtung, Erweiterung etc. von Rehabilitationseinrichtungen	27 509	26 506	17 393	25 730	29 865	14 432	6 330	3 664	0	0	0	0
1502-Tgr. 01												
Modellmaßnahmen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	0	0	0	0	0	0	0	0	1 029	922	1 100	1 100
Zuschuss an die GKV	0	0	0	0	0	0	1 000 000	2 500 000	4 200 000	2 500 000	2 500 000	7 200 000
Zusammen	27 509	26 506	17 393	25 730	29 865	14 432	1 006 330	2 503 664	4 201 029	2 502 286	2 503 200	7 203 050
2) Kindertagesstätten, Kinderkrippen												
0201-Tgr. 09												
Kosten der Kindertagesstätte des Bundestages	4 730	5 620	919	756	931	1 121	1 239	1 217	1 229	1 240	1 064	1 186
Zusammen	4 730	5 620	919	756	931	1 121	1 239	1 217	1 229	1 240	1 064	1 186
3) Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter												
0502-68507												
Einladung publizistisch und kulturpolitisch wichtiger Persönlichkeiten des Auslands	3 579	4 055	4 142	4 261	4 154	3 851	2 887	2 746	2 963	3 085	3 300	3 600
0405												
Angelegenheiten d. Kultur und der Medien (ohne Zahlungen an Länder, an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und an die Deutsche Bibliothek)	0	627 791	574 042	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0405-Tgr. 01												
Allgemeine kulturelle Angelegenheiten (ohne Zahlungen an Länder)	0	0	0	0	103 786	85 945	75 008	69 340	97 866	91 109	90 780	95 946
0405-68321												
Maßnahmen der wirtschaftlichen Filmförderung (0902-68301)	3 931			3 574	0	0	0	0	0	0	0	0
0405-68421												
Zahlung an Einrichtungen auf dem Gebiet der Musik und Literatur	0	0	0	11 012	0	0	0	0	0	0	0	0
0405-68521												
Kulturelle Einrichtungen und Aufgaben im Inland	0	0	0	74 988	0	0	0	0	0	0	0	0
0405-89421												
Zuschüsse für Investitionen kultureller Einrichtungen	0	0	0	26 414	0	0	0	0	0	0	0	0
0405-89413												
Sicherung und Erhaltung von Kulturdenkmälern in den neuen Ländern	0	0	0	0	6 136	0	0	0	0	0	0	0
0405-89415												
Programm „Kultur in den neuen Ländern“	0	0	0	0	40 001	0	0	0	0	0	0	0
0405-Tgr. 02												
Kulturförderung im Inland (ohne Zahlungen an Länder)	0	0	0	0	119 283	113 139	142 894	156 986	181 136	223 981	243 465	247 744
0405-68594												
Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9 770	9 771	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0405-Tgr. 05												
Förderung deutscher Künstler	0	0	0	1 118	2 262	2 723	2 647	2 783	4 882	2 722	2 577	3 290
0405-68561												
Pflege des Geschichtsbewusstseins, Einrichtungen und Aufgaben (abzüglich 35 % Ausgaben für Gedenkstätten)	0	0	0	15 257	15 225	16 599	15 923	23 543	20 998	20 169	25 920	30 793
0405-89461												
Pflege des Geschichtsbewusstseins, Investitionen (abzüglich 35 % Ausgaben für Gedenkstätten)	0	0	0	1 736	3 410	3 404	5 336	2 346	4 000	3 869	5 496	5 336
0405-Tgr. 07												
Förderung kultureller Maßnahmen im Rahmen des § 96 BVFG und kulturelles Eigenleben fremder Volksgruppen	0	0	0	16 414	16 204	15 703	15 682	13 391	13 427	14 068	16 217	18 644
0405-68583												
Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH	0	0	0	8 999	10 070	10 184	9 955	10 103	0	0	0	0
0405-68586												
Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	0	0	0	1 980	0	0	0	0	0	0	0
0405-68587												
Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	0	0	0	35 226	33 456	34 095	33 062	0	0	0	0
0405-68587												
Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen in Berlin	0	0	0	0	0	2 380	1 559	4 807	0	0	0	0
0407												
Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Defizit	0	735	1 550	758	807	810	863	814	813	836	870	890
0504-68715												
Medien-Programme einschließlich bildende und darstellende Kunst	39 369	39 056	38 718	37 669	41 022	39 679	37 860	37 099	30 541	39 919	28 712	29 663
0504-68717												
Internationale Aktivität gesellschaftlicher Gruppen	23 008	23 807	21 497	20 755	10 591	11 011	10 833	10 647	9 592	9 260	10 224	14 757
0504-Tgr. 04												
Allgemeine Auslandskulturarbeit	153 899	153 691	146 925	148 105	152 039	150 111	143 324	143 701	145 169	151 425	222 450	248 629
0902-68670												
Umsetzung kreativwirtschaftlicher Konzepte in der Kultur- und Kreativwirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 500
0603												
Defizit, Bewilligungen für den Kulturbereich (ohne Zahlungen an Länder, an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und an die Deutsche Bibliothek)	214 220	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
An die Bundesstiftung „Baukultur“	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 450	1 250
Zusammen	438 006	849 135	786 874	371 060	562 196	488 995	498 866	511 368	511 387	570 213	661 232	703 042
4) Kirchen, Religionsgemeinschaften												
0602-68506												
Kirchentage	511	614	473	463	205	1 329	448	7 900	350	400	500	955
0602-68504												
Förderung der jüdischen Gemeinschaft und der christlich-jüdischen Zusammenarbeit	2 045	2 701	2 162	2 373	2 916	5 068	5 448	5 257	5 280	4 980	7 272	7 274

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0602-68507												
An den Zentralrat der Juden in Deutschland zur Eingliederung in die jüdischen Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 350	1 150	800
0602-68509												
Kosten der deutschen Islamkonferenz sowie Förderung des interreligiösen Dialogs	0	0	0	0	0	0	0	0	0	446	740	650
Zusammen	2 556	3 315	2 635	2 836	3 121	6 397	5 896	13 157	5 630	7 176	9 962	9 679
5) Sportförderung												
0602-53211												
Ausrichtung der Fußball-WM 2006	0	0	0	0	0	0	0	0	10 027	26	0	0
0602-53213												
Frauenfußball-WM 2011	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	120
0602-68411												
Aufwendungen für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports	71 577	71 923	71 980	70 479	70 838	69 439	68 533	73 044	72 259	73 796	85 021	89 021
0602-68412												
Projektförderung für Sporteinrichtungen im Beitrittsgebiet	6 460	6 772	7 377	6 872	6 956	7 438	7 944	7 968	8 846	8 551	9 490	11 696
0602-68413												
Förderung periodisch wiederkehrender Sportveranstaltungen	0	0	0	0	0	2 061	3 310	2 127	754	2 172	4 850	3 485
0602-68414												
Deutsche Olympiabewerbung 2012	0	0	0	0	0	0	1 958	0	0	0	0	0
0602-68611												
Für das Kunst- und Kulturprogramm der Leichtathletik-WM 2009	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000
0602-68613												
Zuschuss an die Nationale Anti-Doping-Agentur	0	0	0	0	5 113	0	0	394	1 613	1 166	2 970	3 366
0602-68614												
Zuschuss an die Welt-Anti-Doping-Agentur	0	0	0	0	0	520	484	493	520	513	533	555
0602-68615												
Zahlung an das Organisationskomitee Fußball WM 2006	0	0	0	0	0	4 000	5 000	10 000	4 850	0	0	0
0602-68616												
Förderung von internationalen Sportprojekten und Tagungen	0	0	0	0	0	0	0	634	461	530	530	500
0602-68617												
Zuschuss des Bundes zur Fusion von DSB, NOK und DOSP	0	0	0	0	0	0	0	0	1 073	0	800	0
0602-68618												
Zuschuss an die Nationale Anti-Doping-Agentur	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000	0	1 000	1 000
Zusammen	78 037	78 695	79 357	77 351	82 907	83 458	87 229	94 660	102 403	86 754	105 194	111 743
6) Sonstige Empfänger												
0101-68401												
Zuschuss an die deutsche Künstlerhilfe	1 841	1 738	1 585	1 636	2 820	2 942	2 948	2 944	2 937	2 966	2 100	2 100
0201-68512												
Förderung von Einrichtungen für parlamentarische Zwecke	1 853	1 211	1 185	1 442	1 423	1 170	1 350	1 839	1 896	1 900	1 940	2 064
0201-68506												
Zuschuss an Restaurants, Kantinen und sonstige Pachtbetriebe im Deutschen Bundestag	2 045	1 700	114	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0502-68707 Aktivitäten der politischen Stiftungen im Ausland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14 666
0602-68410 Zuschuss an die Stiftung für das sorbische Volk	8 181	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0602-68502 Globalzuschüsse zur gesell- schaftspolitischen und demo- kratischen Bildungsarbeit	96 123	96 738	86 791	85 779	88 277	87 000	87 000	87 000	87 000	89 849	89 936	94 858
0602-68501 Zahlung an die Stiftung „Die Mitarbeit“	511	523	523	523	523	523	523	523	473	473	500	500
0602-89402 Investitionszuschüsse an ö. Einrichtungen zur gesell- schaftspolitischen und demo- kratischen Bildungsarbeit	0	0	0	0	0	0	0	0	3 700	9 957	7 429	7 700
0602-Tgr. 03 Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschles- wig	10 737	11 120	10 688	10 832	11 821	11 734	12 040	12 106	12 260	12 245	11 844	12 644
0902-68703 Förderung des sozialen Dialogs mit den Sozialpart- nern aus den EU-Beitritts- ländern	0	0	0	0	0	2 184	1 470	948	0	0	0	0
0902-68701 Internationale Arbeitsorga- nisationen	18 918	20 312	21 725	22 447	25 532	23 101	22 116	19 925	0	0	0	0
1102-68703 Förderung des sozialen Dialogs mit den Sozialpart- nern aus den EU-Beitritts- ländern	0	0	0	0	0	0	0	0	172	1 898	1 350	0
1102-68701 Internationale Arbeitsorgani- sationen	0	0	0	0	0	0	0	0	20 523	19 780	22 972	25 572
1002-68705 Internationale Landwirt- schaftsorganisationen	29 655	29 993	35 508	36 642	44 274	29 461	31 445	31 807	30 096	29 122	31 139	31 485
1002-Tgr. 06 Zuschüsse an landwirtschaft- liche Organisationen außer- halb der Bundesverwaltung	15 339	15 619	15 242	14 578	16 003	17 890	15 722	15 659	15 016	14 969	15 483	16 307
1202-89401 Zuschuss und Erweiterungs- bau des meereskundlichen Museums in Stralsund	0	0	0	0	0	0	0	3 899	5 531	15 570	0	0
1502-68406 Verbände des Gesundheits- wesens	511	734	753	748	697	621	556	628	549	547	3 812	3 853
1502-68502 Deutsche Gesellschaft für Ernährung	2 045	1 841	1 841	2 041	0	0	0	0	0	0	0	0
1502-68501 Zuschüsse an Informations- und Dokumentationseinrich- tungen	347	280	327	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1702-68614 Deutsches Jugendinstitut e.V.	7 669	8 640	7 935	7 988	8 232	8 197	8 217	8 026	7 736	7 210	7 787	8 230
1702-68421 An Träger und für Aufgaben der Familien- und Gleich- stellungspolitik sowie für ältere Menschen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	38 739	33 781	36 400
1702-68422 Errichtung von Mehrgene- rationenhäusern	0	0	0	0	0	0	0	0	2 438	11 662	20 500	12 000

Fortsetzung Tabelle A1:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1702-68431												
Träger der Altenhilfe 1702-68432	3 068	5 197	8 758	9 510	9 055	8 573	9 471	9 749	9 527	0	0	0
Träger der Altenhilfe 1702-68641	0	0	0	0	0	0	0	0	1 800	0	0	0
Arbeiten zur Verwirklichung der Gleichberechtigung 1702-89331	8 346	8 564	11 222	11 322	11 614	10 710	10 752	10 230	10 937	0	0	0
Ausgaben für Modelleinrich- tungen (Altenhilfe) 0906	0	2 347	2 710	3 323	3 323	3 320	2 920	2 781	2 512	0	0	0
Defizit, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen 3003-Tgr.60	18 918	18 339	18 657	18 604	17 524	19 098	19 829	21 108	22 904	21 293	20 836	0
Sonstige institutionell geför- derte Einrichtungen im Be- reich Bildung u. Forschung	.	.	16 536	23 349	23 946	30 442	30 818	31 834	9 213	9 273	9 624	13 116
Zusammen	226 107	224 896	242 100	250 764	265 064	256 966	257 177	261 006	247 220	287 453	281 033	281 495
IV. Finanzhilfen an (halb)- staatliche Dienstleister insgesamt	776 945	1 188 167	1 129 278	728 497	944 084	851 369	1 856 737	3 385 072	5 068 898	3 455 122	3 561 385	8 310 195
V. Finanzhilfen an Unter- nehmen und (halb)- staatliche Dienstleister (III + IV) insgesamt	25 289 213	25 819 888	25 649 276	21 400 568	22 610 828	21 921 944	21 503 727	23 561 726	25 011 532	23 688 994	24 435 241	30 293 336

Quelle: BMF, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes (lfd. Jgg.).

Tabelle A2:

Ausgaben des Bundes mit partiellem Subventionsgehalt (Grenzfälle) 1998–2009 (1 000 Euro)

Kapitel, Titel Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
3004–6833												
F. u. E. in der Biotechnologie	83 852	93 913	103 478	110 352	104 731	103 499	108 223	106 421	139 233	138 930	153 914	174 574
3004–68325												
F. u. E. Optische Technologien	0	0	0	0	0	63 844	64 551	70 809	74 523	79 818	79 000	85 400
0902–68357												
Existenzgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Kompetenznetze	0	0	0	0	0	0	0	0	0	16 268	0	0
0902–68373												
Entwicklung konvergenter Informations- und Kommunikationstechnik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	31 000	35 000
3004–68541												
F. u. E. in Energietechnologien und effiziente Nutzung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50 000	57 800
0902–68675												
Neue internetbasierte Wissensinfrastrukturen (THESEUS)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20 000	20 000
0902–68555												
Patentverwertung	0	0	0	0	0	0	0	1 900	2 100	2 000	3 065	3 595
dito												
Differenz zum Gesamtansatz	0	0	0	0	0	0	0	-1 900	-2 100	11 278	17 321	20 291
1202–Tgr. 06												
Innovationsprogramm „Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie“	0	0	0	0	0	0	0	0	0	484	39 000	46 522
3004–68324												
Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Produktionssysteme und -technologien	60 332	61 355	57 079	61 866	60 458	55 829	54 331	55 581	56 282	63 999	62 000	72 000
3004–68304												
F. u. E. Innovative Arbeitsgestaltung und Dienstleistungen	25 565	12 623	29 160	31 680	34 202	29 795	0	0	0	0	0	0
3004–68310												
Instrumente im Wissens- und Technologietransfer								0	0	22 904	76 000	86 300
3004–68326												
F. u. E. Nanomaterialien, Neue Werkstoffe	0	0	0	0	0	81 198	79 722	84 054	97 966	97 177	93 777	100 697
3004–68511												
Angewandte Forschung an Fachhochschulen im Verbund mit der Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	0	0	14 918	27 956	30 000	34 000
3004–68320												
Vernetzte Welt, neue Basistechnologien für die Informations- und Kommunikationstechnik	44 431	49 803	45 273	54 299	50 693	45 237	43 982	84 408	89 031	53 459	53 000	59 785
3004–68321												
Softwaresysteme, Wissens-technologien	37 780	39 316	47 430	48 440	46 188	46 701	48 220	52 884	52 327	88 881	106 000	119 000
3004–68322												
Mikrosystemtechnik	50 064	51 090	51 036	52 628	51 192	46 307	48 091	45 754	50 879	60 300	54 000	59 115
3004–68323												
Elektronik und Elektroniksysteme	73 928	74 207	72 489	74 256	71 926	71 087	72 815	76 689	79 859	82 325	81 000	81 000
3004–89217												
Elektronik-Investitionszuschüsse	2 410	741	3 182	2 436	0	0	0	0	0	0	0	0
3004–68330												
Physikalische und chemische Technologien	63 778	67 676	67 604	67 515	67 815	0	0	0	0	0	0	0
3004–68331												
Lasertechnik und optische Technologien	28 498	34 019	34 004	34 454	33 623	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A2:

Kapitel, Titel Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
3004-68332												
Neue Materialien	58 334	60 821	62 939	65 229	60 867	0	0	0	0	0	0	0
0405-Tgr. 09												
Auslandsrundfunk	0	0	0	314 051	303 623	286 876	297 221	280 657	276 617	284 409	290 331	280 980
0504-68716												
Förderung der deutschen												
Sprache im Ausland	45 505	27 807	27 499	27 220	26 449	24 145	23 263	23 132	23 415	23 864	11 025	6 479
1226-71402												
Unterbringung der Deutschen												
Welle in Berlin	27 098	30 581	52 936	81 806	53 714	18 609	12 992	6 059	2 626	0	0	0
0807-Tgr. 01												
Ausgaben für vom Bund												
verwaltete Forsten	38 347	39 735	39 956	38 809	37 365	37 809	35 623	7 519	0	0	0	0
0807-12501												
abzüglich Einnahmen aus der												
Bewirtschaftung												
bundeseigener Forsten	28 584	29 278	27 531	28 722	28 489	31 400	37 270	0	0	0	0	0
1203												
Defizit, Wasser- und												
Schiffahrtsverwaltung des												
Bundes	1 316 065	1 365 219	1 342 397	1 284 406	1 322 250	1 336 394	1 014 049	994 991	1 079 182	1 113 103	1 181 201	1 203 590
Zusammen	1 927 403	1 979 628	2 008 931	2 320 725	2 296 607	2 215 930	1 867 460	1 888 958	2 036 858	2 157 385	2 431 634	2 546 128

Quelle: BMF, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes (Ifd. Jgg.).

Tabelle A3:

Indirekte Finanzhilfen des Bundes (Zahlungen an Länder) 1998–2009 (1 000 Euro)

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
1002–63201												
Ausgleichsmaßnahmen für vom Hochwasser geschädigte Landwirte	0	0	0	0	5 795	0	0	0	0	0	0	0
1002–63202												
Soforthilfe für vom Hochwasser betroffene land- und forstwirtschaftliche Betriebe	0	0	0	0	9 409	0	0	1 805	0	0	0	0
1002–63204												
Ausgleichsmaßnahmen für von Trockenheit und Hitze geschädigte landwirtschaftliche Betriebe	0	0	0	0	0	40 464	-196	0	0	0	0	0
1003–Tgr. 1												
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur etc.“ (ohne Küstenschutz, Dorferneuerung, ohne 50 % der Ausgaben für Wasserwirtschaft und ohne Darlehen)	649 700	639 100	610 600	595 200	619 400	533 500	512 600	483 600	463 900	457 305	460 600	524 261
Dorferneuerung (1998, 2000, 2006 und 2007 geschätzt)	85 000	83 812	70 000	62 726	67 110	60 941	55 277	62 499	38 170	45 795	52 343	59 577
Zusammen	734 700	722 912	680 600	657 926	701 714	634 905	567 681	547 904	502 070	503 100	512 943	583 838
<i>Nachrichtlich:</i>												
1003												
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	876 506	860 601	848 485	802 439	835 018	733 989	678 042	662 776	612 012	610 600	615 000	700 000
Verkehr												
1202–88231												
Zuschuss an Länder zur Realisierung von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebbahntechnik	0	0	0	0	0	10 970	0	0	0	0	0	0
1202–65202												
Zahlung an das Land Berlin (Regionalisierungsgesetz)	4 259	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6002–88201												
Zuschuss für Investitionen im Bereich der Seehäfen	0	0	0	0	0	0	0	38 346	38 346	38 346	38 346	38 346
1218–88203												
Ausgaben für kommunalen Straßenbau und Investitionsvorhaben des ÖPNV ^a	1 333 981	1 333 572	1 340 513	1 337 043	1 339 362	1 342 935	1 329 927	1 323 326	1 329 908	1 343 555	0	0
1218–88202												
Ausgaben für Schieneninfrastruktur des ÖPNV	187 972	189 546	188 198	155 431	224 527	244 125	248 782	251 349	295 602	231 950	199 827	208 587
1222–88201												
Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Länder	0	0	0	0	0	17 564	22 164	18 270	14 061	12 979	17 900	17 900
1222–88301												
Kostendrittel des Bundes an Kreuzungsmaßnahmen nach §13 Abs. 1 Satz 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz, Baulast: Kommunen	0	0	0	0	0	57 353	68 999	44 370	40 140	41 760	50 300	50 137

Fortsetzung Tabelle A3:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1222-88303												
Zuschüsse nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz	0	0	0	0	0	4	6	1	5	0	50	50
1226-88281												
Investitionszuweisungen gemäß Hauptstadtvertrag	0	0	0	0	0	0	0	0	2 000	12 000	0	0
6001-03105												
Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel)	6 323 658	6 126 299	6 772 757	6 831 131	6 745 000	6 846 175	6 809 890	7 053 100	7 053 100	6 709 900	6 610 000	6 775 000
Zusammen	7 849 870	7 649 417	8 301 468	8 323 605	8 308 889	8 519 126	8 479 768	8 728 762	8 773 162	8 390 490	6 916 423	7 090 020
Wohnungsvermietung												
2502-88226												
Zuweisung für im Bau befindliche Mietwohnungen	205	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1225-62203												
Zinshilfe nach dem Alt-schuldenhilfegesetz – Abwicklung	0	0	0	0	0	486	294	60	11	0	0	0
1225-62201												
Entlastung von Wohnungsunternehmen nach dem Alt-schuldenhilfegesetz	0	0	0	0	6	1	3	0	0	10	0	0
1225-62202												
Entlastung von Wohnungsunternehmen und Zinshilfen nach dem Alt-schuldenhilfegesetz	1 995	594	912	3 620	23 690	65 367	101 859	176 646	130 396	190 148	121 108	84 751
1225-88204												
Zuschuss an Länder zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	0	1 053	10 149	26 476	36 733	52 251	0	0	0	0	0	0
1225-88211												
Förderung städtebaulicher Maßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	21 015	0	0	0	0
1225-88212												
Förderung der Innenentwicklung der Städte und Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2 040	12 058
1225-88213												
Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den alten Ländern	51 511	43 542	42 692	55 227	63 076	82 147	82 605	89 279	80 263	89 078	87 091	74 930
1225-88214												
Zuschuss an Länder zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf	0	0	0	0	0	0	62 952	57 786	67 166	78 801	90 757	95 198
1225-88215												
Für den Stadtbau West	0	0	0	0	0	0	0	0	19 458	33 194	47 688	52 120
1225-88216												
Für den Stadtbau Ost	0	0	0	0	0	0	0	0	133 544	106 475	109 522	100 529
1225-88217												
Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern	304 848	267 216	263 365	259 810	284 101	283 897	314 126	300 439	83 847	100 267	95 201	88 747
1225-88218												
Für den städtebaulichen Denkmalschutz Ost	0	0	0	0	0	0	0	0	75 085	87 384	93 418	97 846
1225-88291												
Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden/Städtebau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10 000	65 000
1225-88221												
Zuweisungen für Investitionen in den alten und neuen Ländern	0	0	0	0	0	0	0	17 621	75 038	0	0	0

Fortsetzung Tabelle A3:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1225-88225												
Zuschüsse an die alten Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus ^b	606 932	565 042	482 236	343 041	258 385	221 277	216 110	148 320	107 137	0	0	0
dito, Schuldendiensthilfen	6 749	4 400	3 300	1 000	600	0	0	0	0	0	0	0
1225-88228												
Zuweisungen an die neuen Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus ^b	446 865	376 909	352 118	293 820	224 036	197 878	153 486	115 261	81 446	0	0	0
1225-88229												
Zuweisungen an die Länder für Bauinvestitionen in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage	187 387	101 499	41 860	11 737	2 351	1 509	0	0	0	0	0	0
1225-63202												
Zahlung eines einmaligen Heizkostenzuschusses	0	0	0	22 644	10 433	206	584	42	171	115	0	0
1225-88266												
Modellvorhaben experimenteller Wohnungsbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14 556
6096-Tgr.1												
Hilfen für Privathaushalte und Unternehmen aus dem Fonds "Aufbauhilfe"	0	0	0	0	0	0	0	0	8 100	0	0	0
Zusammen	1 606 492	1 360 255	1 196 632	1 017 375	903 411	905 019	932 019	926 469	861 662	685 472	656 825	685 735
Sonstige Sektoren												
0902-63203												
An das Land Niedersachsen im Zusammenhang mit der EXPO 2000 Hannover GmbH	0	0	0	0	167 482	0	0	0	0	0	0	0
63211												
Soforthilfe für durch das Hochwasser 2005 entstandene Schäden bei gewerblichen Unternehmen und freien Berufen	0	0	0	0	0	0	0	0	889	0	0	0
Zusammen	0	0	0	0	167 482	0	0	0	889	0	0	0
Regional- und Strukturpolitik												
0902-88281												
Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastruktur	0	0	0	0	0	0	0	500 200	509 500	450 680	450 853	436 853
0902-88282												
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Bayern, Bremen, Hessen, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen	93 310	99 900	95 600	110 700	96 100	90 200	65 100	0	0	0	0	0
0902-88288												
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Zuweisungen für betriebliche Investitionen an Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Berlin	913 576	898 700	800 100	744 300	587 700	541 100	529 100	0	0	0	0	0
0902-88282												
Sonderprogramm der GA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	100 000

Fortsetzung Tabelle A3:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0902-88291												
Zuweisungen an die neuen Länder sowie Berlin (Ost) für betriebliche Investitionen sowie wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen aus Zuschüssen des EFRE (betriebliche Investitionen für das Jahr 2007, geschätzt)	357 345	413 056	331 328	145 236	234 010	280 485	246 752	357 845	235 397	152 616	0	0
0902-88292												
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – alte Länder, EFRE-Mittel (betriebliche Investitionen für das Jahr 2007, geschätzt)	7 548	8 677	2 930	24 691	18 828	25 168	20 575	31 515	44 983	18 484	0	0
Zusammen	1 371 779	1 420 333	1 229 958	1 024 927	936 638	936 953	861 527	889 560	789 880	621 780	450 853	536 853
<i>Nachrichtlich:</i>												
0902-88282												
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – alte Länder	120 660	136 594	123 291	144 466	135 489	116 329	97 184
0902-88288												
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – neue Länder	1 406 572	1 299 299	1 163 700	987 802	822 935	736 027	723 173
0902-88281												
Gemeinschaftsaufgabe insgesamt	1 527 232	1 435 893	1 286 991	1 132 268	958 424	852 356	820 357	637 859	669 553	643 763	644 076	624 076
Beschäftigungspolitik												
3002-63202												
Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern	0	0	0	98 558	93 307	89 116	82 780	77 793	77 203	75 380	71 800	56 000
Zusammen	0	0	0	98 558	93 307	89 116	82 780	77 793	77 203	75 380	71 800	56 000
Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen												
1502-88201												
Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen in den neuen Ländern	411 784	406 477	473 354	443 699	444 313	0	221 083	0	0	0	0	0
Zusammen	411 784	406 477	473 354	443 699	444 313	0	221 083	0	0	0	0	0
Theater, Museen, Medien, sonstige Kulturanbieter												
0405-63222												
Zahlung an Länder für Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	12 128	11 317	10 436	11 250	11 534	11 884	11 845	11 673	12 238	12 975	13 449	0
0405-88221												
Zahlung an Länder für Forschungseinrichtungen der blauen Liste (Museen)	2 982	1 980	1 490	1 286	1 179	1 893	1 442	635	1 187	2 033	2 463	0
0405-63281												
Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	0	61 683	51 129	12 015	12 015	11 735	11 635	11 455	0	0	0	0
0405-63211												
Förderung hauptstadtbedingter kultureller Maßnahmen und Veranstaltungen in Berlin	0	0	0	0	0	0	0	0	11 655	11 655	11 655	11 655

Fortsetzung Tabelle A3:

Kapitel, Titel, Erläuterung	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
0405-63381												
Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Stadt Bonn	0	34 768	35 790	30 678	26 588	15 339	10 226	5 113	0	0	0	0
0405-63311												
Zuweisungen zu laufenden kulturellen Aufwendungen der Stadt Bonn	0	0	0	0	0	0	0	0	5 113	5 113	5 113	5 113
Zusammen	15 110	109 748	98 845	55 229	51 316	40 851	35 148	28 876	30 193	31 776	32 680	16 768
Sportförderung												
0602-88211												
Errichtung, Erstausrüstung und Bauunterhaltung von Sportstätten für den Hochleistungssport	34 391	34 748	34 758	29 220	18 616	17 388	21 221	23 627	22 232	20 857	19 600	22 150
0602-88213												
Sonderförderprogramm „Goldener Plan Ost“	0	7 662	7 669	14 795	14 717	10 000	5 000	3 000	1 759	2 000	2 000	2 000
0602-88214												
Sanierung und Modernisierung des Olympiastadions in Berlin und Umbau des Zentralstadions in Leipzig	0	0	17 384	57 265	83 000	80 137	0	2 634	0	1 094	0	0
0602-88212												
Zuschuss zur Errichtung des Sportmuseums in Köln	767	729	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	35 158	43 139	59 811	101 280	116 333	107 525	26 221	29 261	23 991	23 951	21 600	24 150
Indirekte Finanzhilfen des Bundes insgesamt (in 100 000 Euro)	12 025	11 712	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 332	8 663	8 993
<i>Nachrichtlich:</i>												
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes												
1218-88203												
– zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 335 500	1 335 500
1225-88202												
– zur sozialen Wohnraumförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	518 200	518 200	518 200
Indirekte Finanzhilfen des Bundes insgesamt einschließlich Kompensationszahlungen (in 100 000 Euro)	12 025	11 712	12 041	11 723	11 723	11 233	11 206	11 229	11 059	10 850	10 517	10 847

^aAb dem Jahr 2008 Kompensationszahlung an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. — ^bAb dem Jahr 2007 Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung.

Quelle: BMF, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes (lfd. Jgg.); BMF, Bundshaushaltsplan (2009).